

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.
 Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 RM, für das übrige Ausland 4.00 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Äquivalent 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweimalig 25 Pf. gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr mittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.
 Donnerstag, den 16. Juli 1914.
 Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Kronprinzliche Bravo!

Jemandem Oberstleutnant a. D. — er hört diesmal auf den Namen H. Frobenius — hat wieder ein Buch geschrieben „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“. So oder so ähnlich heißen die Erzeugnisse militär-politischer Phantasie immer. Ebenso einseitig pflegt ihr Inhalt zu sein: ein düstres Gemälde von der Gefährlichkeit der bösen Nachbarn gegen das edle Deutsche Reich, „diplomatische“ Schacherpolitik im Stil des 18. Jahrhunderts mit neudeutschem „Imperialismus“ schön sämig abgezogen und schließlich — mehr Kanonen, mehr Soldaten, mehr Schiffe — ohne jede gedankliche Anstrengung, wie und wer denn immer weiter bezahlen soll! Zu einem dieser großdeutschen Elaborate also hat der Kronprinz sein bei hervorragenden kleinen und großen Ungeschicklichkeiten und Volksunfreundlichkeiten übliches Bravo durch ein Telegramm aus Joppot ausgedrückt. Es lautet:

„Ich habe Ihre ausgezeichnete Broschüre „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“ mit dem größten Interesse gelesen und wünsche ihr in unserer deutschen Volks die weiteste Verbreitung.“
 Wilhelm, Kronprinz.

In dieser Broschüre, einem recht üblen Nachwerk, wird schließlich angeführt, daß die Gegner Deutschlands im Frühjahr 1915 kriegsbereit sein werden und dann werde des Deutschen Reiches Schicksalsstunde schlagen, in der wir schwerer als je zu kämpfen haben werden. Und deshalb: „Wenn du den Frieden willst, rüste zum Kriege.“

Diese Broschüre hat es dem Kronprinzen angetan. Daß nun für uns nach all dem Vorausgegangenen nichts Wunderbares mehr. Wir kennen den politischen Geschmack des Kronprinzen und wollen über ihn ebenso wenig streiten wie über seinen ästhetischen, der sich ungefähr auf gleicher Höhe bewegt. Aber was sagt denn Herr v. Bethmann dazu? Willigt er diese immer sich wiederholende Telegraphiererei, die niemand mehr Vergnügen bereiten kann als den Feinden Deutschlands, den Chauvinisten und Frobeniusen des Auslands? Die werden dem deutschen Kronprinzen ja Dank wissen für die wirksame Unterstützung ihrer Agitation. Aber findet das auch die Billigung des verantwortlichen Leiters der deutschen auswärtigen Politik? Wir glauben kaum, und Herr v. Bethmann wird sich wohl das Richtige denken. Nur zu sagen wird er sich's nicht getrauen.

Und das zeigt wieder den Jammer unseres bürokratisch-abolautistischen Regierungssystems. Eine wirkliche Demokratie würde mit solchen Kundgebungen rasch fertig werden. Der hochgemute Bureaucrat aber, der nicht genug die Demokratie schmähen kann, wird nicht mal mit den Störungen fertig, die ihm diese kronprinzlichen Äußerungen bereiten. Und da wundert er sich noch darüber, daß die Volksmassen von diesem ganzen System, in dem die Auslassungen einer staatsrechtlich gar nicht zur politischen Einwirkung berufenen Persönlichkeit Bedeutung gewinnen, nichts wissen wollen!

Labiau-Wehlau.

Aus dem Wahlkreis wird uns geschrieben:
 Heute findet im Wahlkreis Labiau-Wehlau die Reichstagsnachwahl für den verstorbenen konservativen Abgeordneten v. Rasso statt. Der Wahlkampf ist ein außerst heftiger gewesen. Die Konservativen haben als ihre Kandidaten den Amtsrat Domänenpächter Schrewe aufgestellt, der sich aber bis weit in die konservativen Reihen hinein einer großen Unbeliebtheit erfreut. Die Situation ist für die Konservativen außerdem noch dadurch ungünstig geworden, daß ein Teil ihrer treuesten Anhänger überaus unzufrieden mit dem konservativen Regime der dortigen Landräte ist. Große Aufregung hat es insbesondere verursacht, daß die im Januar dieses Jahres durch eine Sturmflut arg mitgenommenen arme Fischerbevölkerung von den zur Unterstützung gesammelten Geldern fast nichts erhalten hat. Immer wieder hört man bei Agitationsreisen aus dem Munde der früher konservativen Bevölkerung die Erklärung, daß ihr Vertrauen in die konservative Politik geschwunden sei. Wie lange dieser Gemütszustand anhalten wird, läßt sich nicht voraussagen. Aber für diesmal ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß den Konservativen ein nicht unbeträchtlicher Teil von Stimmen dadurch verloren gehen wird.

Die Sozialdemokratie hat in diesen Kreisen eine warme Aufnahme gefunden. Die Versammlungen, die am Sonnabend und Sonntag die Genossen Linde und Sasse abhielten, hatten einen lebhaften Zuspruch und es ist zu hoffen, daß nachdem einmal dieser Boden beackert worden ist, sich auch schließlich für die Partei Früchte zeigen werden. In welchem Umfang sich das schon diesmal zeigen wird, läßt sich im Augenblick schwer berechnen. Ungünstig für die Partei ist jedoch der Zeitpunkt der Wahl. Eine große Zahl von Höfem, die zu den treuesten Anhängern der Partei zählen, befinden sich weit außerhalb des Wahlkreises, zum Teil in Ausland und können bis zum Wahltermin nicht zurückkehren. Ein anderer Teil von kleinen Besitzern, die im Nebenberuf als Bauarbeiter in den Städten beschäftigt sind und längst mit sozialistischem Geiste erfüllt sind, wird ebenfalls schwer in die Heimat

zurückzubringen sein. Dadurch wird die Partei einen Ausfall von Stimmen erleiden, der aber hoffentlich durch die Heranziehung neuer Wähler, namentlich aus den Kreisen der Fischerbevölkerung ausgeglichen werden wird.

Mit großem Nachdruck und unter Aufwendung der reichsten Mittel betreibt die fortschrittliche Volkspartei, die wiederum den Bürgermeister Wagner aus Labiau als Kandidaten aufgestellt hat, mit Unterstützung der Nationalliberalen die Agitation; und es ist nicht zu verkennen, daß ihr aus den konservativen Gebieten diesmal viele Anhänger zufließen werden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es zur Stichwahl kommen. Wenigstens nehmen die Konservativen selbst an, daß es ihnen nicht gelingen wird, wie im Jahre 1912, sofort im ersten Rennen zu siegen. Gelingt ihnen dieses aber nicht, so dürften sie ausfallen und dem Grafen v. Westarp wird das „bittere Brot der Kinderzeit“ in Zukunft noch bitterer schmecken.

Die Kreise Labiau und Wehlau enthalten nur wenige und zwar kleine Städte. Das Gros der Bevölkerung ist ein rein ländliches. Die Struktur des Kreises bereitet der Sozialdemokratie also erhebliche Schwierigkeiten. Aber gerade dieser Wahlkampf hat wieder bewiesen, daß auch die Landbevölkerung immer mehr dem sozialistischen Gedanken zugänglich wird, wenn es nur möglich ist, intensive Arbeit unter ihr zu leisten.

„Schritte“ in Serbien.

Aus Wien wird uns vom 14. Juli geschrieben:

Was planen die österreichischen Machthaber? Die äußeren Vorgänge unterscheiden sich diesmal sehr auffällig von dem, was man während der zwei großen Konflikte mit Serbien, dem nach der Annexion und dem in Frage der Räumung der besetzten Miltzengebiete nach den Balkankriegen, erlebt hat. Während der Balkanplan damals mit dem Aufgebote eines argen Lärms arbeitete, kein Mittel zur Erregung der Leidenschaften verschmähte und seine „Entschlossenheit“ in den grellsten Farben malte, bestieg sich die offiziellen Kreise diesmal einer Zurückhaltung, die man loben müßte, wenn man hoffen dürfte, daß sie echt sei. Irgend eine offizielle Mitteilung darüber, was man in Belgrad unternehmen werde, ist nicht gegeben worden; genau betrachtet, ist eigentlich auch niemals in einer amtlichen verpflichtenden Weise angekündigt worden, daß überhaupt etwas unternommen werden wird. Als die sich als „inspiriert“ gebärdenden Blätter über den letzten gemeinsamen Ministerrat und über die sich daran anschließende Audienz in Jajal allerlei bedrohliche Mitteilungen zu veröffentlichen begannen, erfolgte sofort von Wien und von Budapest aus ein schroffes Dementi. Graf Tisza, der einzige Minister, der seither gesprochen, hat sich, ganz gegen seine sonstige Losgermanier, nüchtern und besonnen vernehmen lassen. Das alles würde zu dem Schlusse verführen können, daß sich die Forderung Österreichs, wenn sich aus der Untersuchung über die Mordtat für sie überhaupt ein Kulak gewinnen läßt, in verständigen Grenzen halten werde. Auch sieht man sich vergebens nach der treibenden Kraft für ein zum Kriege führendes Vorgehen um. Der alte Kaiser wird dafür ganz bestimmt nicht in Anspruch genommen werden können; ebensowenig aber auch der junge Mann, der jetzt den Thronfolger darstellt.

Auch die Minister, Berchtold auf der einen, die Stürgk und die Tisza auf der anderen Seite, sehen nicht gerade danach aus, als ob sie fähig wären, sich in Abenteuer, deren Ende nicht abzusehen ist, zu begeben. Bleibt die Soldateska, der freilich jede Ausschreitung zuzumuten ist. Indes kann nicht übersehen werden, daß die Militärs, die allerdings mit Serbien schon seit langem und eigentlich immer „blutige Abrechnung“ halten möchten, gerade durch die Mordtat in Sarajewo ihres Hauptes beraubt wurden, und daß das militärische Großmachtsbewußtsein, das sich so gerne in einem Kriege entladen möchte, durch den Heimgang Franz Ferdinands um seine bewegende Energie gekommen ist. Danach könnte man sich wohl entschließen, die Dinge mit kühler Ruhe zu betrachten. Dennoch aber liegt es auf der Stimmung in Österreich wie eine schwere Gewitterwolke, und das Gefühl der Unruhe, die Sorge der Beklemmung will nicht weichen, verstärkt sich eher von Tag zu Tag.

Die Vangigkeit hat vor allem ihren Grund in der Empfindung, daß der geringste Zufall in der angesammelten Spannung verhängnisvoll wirken könnte. Am Sonntag ist unter den in Belgrad lebenden Österreicher eine regelrechte Panik ausgebrochen. Man sprach von einem sich vorbereitenden Attentat auf die österreichische Gesandtschaft, von einem Ueberfall auf die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen; und alle diese wilden Gerüchte, die offensichtlich an den Tod des russischen Gesandten anknüpfen, wurden glaubt. Die Österreicher flüchteten teils in die Gesandtschaft, teils nach Semlin, und der Gesandte selbst bereitete sich, wie sein Sohn erzählte, der sich gleichfalls nach Semlin „gerettet“ hatte, auf einen Heldentod vor. Es war zwar alles nur blinder Wahn; aber wie wäre es gewesen, wenn ein paar zuchtloser Leute, wie ihrer gerade die serbische Hauptstadt nicht wenige beherbergt, gegen die Österreicher wirklich etwas unternommen hätten? Ein paar Steinwürfe gegen das Gesandtschaftsgebäude, eine Attade auf irgend welche öster-

reichische Staatsangehörigen; und der Konflikt wäre da! Denn in der Erregung über die Mordtat, die von der gewissenlosen Presse, die in Franz Ferdinand ihren Schutzheiligen sieht und ihm zu Ehren gar nicht ungerne die Selbstenopfer eines Krieges schlachten möchte, unablässig geschürt wird, könnte das kleinste Ereignis zu unabsehbaren Folgen führen. Würde man die Sachlage nach der Stellung der offiziellen Faktoren beurteilen dürfen, so brauchte man sich besonderer Vorsorgnis nicht hinzugeben; sind doch alle drei Kriegsminister dieser Tage demonstrativ auf Urlaub gegangen! Aber das bange Gefühl, daß im Dunklen eine schwere Gefahr lauert, will nicht weichen.

Welche Forderungen Österreich-Ungarn nun in Belgrad zu stellen gedenkt, ist nicht abzusehen; sie können sich von dem bloßen Ersuchen, den Mordspuren in Serbien nachzugehen und die Mitschuldigen der Bestrafung zuzuführen, bis zum drohenden Ultimatum bewegen. Es wird wohl sicher sein, daß die Spuren des Attentats nach Belgrad reichen, und wenn es selbst nicht der Fall wäre, wird die strafgerichtliche Untersuchung, der man natürlich jede Richtung geben kann, diesen Beweis schon „erbringen“. Wenn sich Österreich auf das Begehren beschränken sollte, daß man in Serbien diejenigen, die zu der Sarajewer Mordtat Beihilfe geleistet haben, zur Verantwortung zieht, so wäre dagegen nichts einzuwenden und könnte dagegen niemand einen ernstlichen Einwand erheben. Aber damit wird sich der von der militärischen und christlichsozialen Kriegsbegehe gepeitschte Ballplatz leider nicht begnügen, vielmehr wird er irgend welche „Bürgschaften“ gegen die großserbische Agitation erhalten wollen. Nun möchten wir es mit aller Deutlichkeit wiederholen, daß wir diese Agitation, die auf die Vereinigung aller serbischen Gebiete zu einem Staate ausgeht, gleichgültig welche „idealen“ Motive ihr zugrunde liegen mögen, für eine der schwersten Bedrohungen des Friedens in Europa halten, denn daß ihre Verwirklichung nur in einem Weltkriege möglich wäre, ist wohl klar. Es wäre deshalb sehr nützlich, wenn man sich liberaler entschließen wollte, die großserbischen Ideen mit der nötigen Kühle zu betrachten und Licht und Schatten in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Österreich und Serbien gleichmäßiger verteilen wollte; der österreichischen und der ungarischen Presse steht zum Beispiel die Belgrader Schundpresse ganz ebenbürtig zur Seite. Aber welche „Bürgschaften“ kann Österreich verlangen und welche könnte Serbien geben? Der nationale Drang wird durch diplomatisch abgezielte Versicherungen nicht beschworen und je stärker die großserbische Tendenz in Serbien betont wird, je schreier wird sie sich geben, und je offener sie sich zu ihren Zielen bekennen, desto größer muß die Neigung in den österreichischen Kreisen werden, sich des Feindes, der nie ruhen will, mit einem Schläge zu entledigen. Dies ist auch unzweifelhaft das, worauf die militär-imperialistischen Kreise drängen und wobei sie nicht zum wenigsten darauf rechnen, daß die serbische Ueberheblichkeit die Spannung bis zur Unerträglichkeit verschärfen wird. Es ist also jedenfalls nicht angemessen, die Ueberhebung der serbischen Soldateska — denn die ist es, die in Belgrad ausschlaggebend ist — durch Betrachtungen zu steigern, in denen die Serben der Welt als das bedrückteste aller Völker in Europa, vorgeführt und ihre imperialistischen Absichten in höchst kurzfristiger Weise gerechtfertigt und verherrlicht werden.

Die Friedenskräfte, die sich in Österreich zweimal so glänzend bewährt haben und denen nicht zum wenigsten die Bewahrung des Friedens trotz der zweimaligen Kriegsbege zu danken ist, — wobei den Sozialdemokraten aller Nationen das allergrößte Verdienst zukommt — sind diesmal, und zwar einestheils durch die Mordtat, anderenteils durch die Ausschaltung des Parlamentes und die Ferkung des gesamten politischen Lebens eher gelähmt. Aber von einer wirklichen Leidenschaft und Empörung ist außerhalb der schwarzgelben Presse so wenig vorhanden, und der österreichische Staat ist in jeder Hinsicht so geschwächt, daß die Hoffnung wohl berechtigt ist, der Konflikt werde auch diesmal in einem diplomatischen Aufgebote landen. Aber man muß auch den Serben ins Gewissen reden; denn dieser unruhvolle und unruhstiftende Staat hat wahrlich nicht wenig auf dem Gewissen.

Ein offiziöser Beruhigungsversuch.

Wien, 15. Juli. In einem Privattelegramm stellt das „Neue Wiener Tagblatt“ fest, daß die Nervosität, welche infolge der Belgrader Alarmnachrichten vom Sonntag in Budapest finanziellen und politischen Kreisen Platz gegriffen hätte, gestern fast ganz geschwunden sei. Das Blatt weist darauf hin, daß die Reise Tiszas nach Wien nicht deshalb erfolgte, weil neue und außerordentliche Maßnahmen notwendig wären, wozu absolut keine Veranlassung vorliege. Die Monarchie wird, führt das Blatt fort, auf der einen Seite die inneren Reformen in Bosnien bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems durchzuführen, auf der anderen Seite aber nach dem Vorhandensein des gesamten Untersuchungsmaterials und dem vollständigen Abschluß der Recherchen über das Attentat in Sarajewo dafür Sorge tragen, daß die wirklich Strafbaren, wo immer sie sich befinden, angefochten werden. Gleichzeitig wird man aber auch Bürgschaften dafür verlangen, daß die aus Serbien genährte hochverräterische Bewegung an unseren südlichen Grenzen ein Ende finde. Man hofft, daß Serbien

die Wünsche der Monarchie erfüllen werde, ohne daß es zu weiteren Komplikationen kommt. Dabei läßt sich die österreichisch-ungarische Monarchie von dem Grundgedanken leiten, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und die Existenzinteressen unseres Großstaates gleich hohe Bedeutung haben, daß also die Lösung unter gleicher Berücksichtigung beider Gesichtspunkte erfolgen müsse; daß man dabei vorsichtig zu Werke geht und nicht überhastet, ist eher danach angetan, die Öffentlichkeit zu beruhigen, als irgend eine Nervosität zu rechtfertigen.

Französischer Parteitag.

Paris, 14. Juli. (Fig. Ver.)

Morgen tritt hier der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialisten zusammen, der die Tagesordnung des internationalen Kongresses durchabzuhandeln soll. Das Hauptinteresse gilt der Frage des Zensusreform oder genauer dem Amendement Reir Gardie-Bailant, das die Zustimmung einer großen Zahl von Föderationen, namentlich der Seine-Föderation gefunden hat, wogegen es von den zum Guesdistischen Flügel gerechneten Föderationen abgelehnt wird.

Der Kongress tagt diesmal unter günstigeren äußeren Bedingungen als die letzten in Paris abgehaltenen Arbeiterkongresse. Die für die Kongressstage gemietete „Salle des Fêtes“ in der Rue St. Martin ist sehr geräumig und ist auch von einer Galerie umzogen, die ein zahlreiches Publikum aufnehmen kann.

Dem Kongress ging heute eine Versammlung des Nationalrats voraus, die zwei Sitzungen in Anspruch nahm. Es wurde eine Reihe wichtiger, administrativer Angelegenheiten erledigt oder weitergeführt, u. a. eine Altersversorgung für alte Parteikämpfer im Prinzip beschlossen, die Unterstützung bedrängter Parteiblätter geregelt, ein ständiger Agitator gewählt an Stelle eines zum Deputierten gewählten, die Frage der Neuorganisation, der Propaganda auf regionaler Basis durch Anstellung regionaler Organisationsleiter und Agitatoren diskutiert.

Ueberaus günstig lautet die Parteiberichte. Die Zahl der gelösten Parteikarten hat Ende Mai 77000 überschritten und in diesem Winter noch ist das Hunderttausend zu erwarten. Ueberall im Lande rückt sich ein kräftiges Leben. Das zeigt sich besonders auch in der Entwicklung der Parteipresse. Die Genosse Brade in seinem Bericht über die „Humanité“ unter stürmischem Beifall bekanntgab, hat das Zentralorgan der Partei im Mai einen Gewinn von 2500 Fr. abgeworfen und eine weitere Steigerung ist für den Herbst sicher. Die Zahl der Abonnenten beträgt jetzt fast 14000, was gleichfalls ein sehr schöner Fortschritt ist. — Erwähnt sei ferner, daß wie die Föderation der Haute-Saronne mittel, auch der in Toulouse täglich erscheinende „Midi Socialiste“ aus dem Defizit heraus ist und nur der finanziellen Hilfe bedarf, um seine aus den Zeiten des Kampfes stammende schwere Schuldenlast abzutragen.

Der Nachmittags Sitzung wohnte Genosse Dr. Karl Liebknecht bei, den der Vorsitzende Genosse Renaudel unter stürmisch applaudiertem Hinweis auf Liebknechts Rolle im Kampf gegen den Militarismus als Gast herzlich willkommen hieß. Genosse Liebknecht wie der gleichfalls anwesende Reichstagsabgeordnete Dr. Weill nahmen auf Einladung des Vorsitzenden am Präsidententisch Platz.

Politische Uebersicht.

Bomben her!

Die Schornsteine sehnen sich nach einer kleinen Revolution wie der Hirsch nach frischem Wasser. In dieser Richtung hat wieder einmal der Kammerherr v. Oldenburg-Januschau sein Herz ausgeschüttelt. Es war auf dem Bezirks-Sommerfest des Bundes der Landwirte in Aressau in Westpreußen, wo der edle Kammerherr als Festredner auftrat. Er hielt natürlich eine politische Rede, in der er sich also vernehmen ließ: „Der Kaiser hat verfassungsmäßig im Reich überhaupt nichts zu sagen. In Preußen ist es allerdings anders, aber bei der momentanen Nachgiebigkeit dem

Albanesischer Film.

(Von unserem Korrespondenten.)

Kl. Durazzo, Anfang Juli.

Auf dem Dache der französischen Gesandtschaft in Durazzo steht der allgegenwärtige Kurbelmann und richtet auf Films für die Wochenrevue.

Eine Frage tiefer, auf dem Balkon, sitzt Albaniens Nationalheld und -gäuner und blind sehr interessiert auf die sandige Wüde blickt. Er heißt Vito Viddosa und soll jetzt in Anerkennung seiner Dienste und damit er häßlich in der Nähe bleibt, Minister werden.

Noch eine Frage tiefer, aber auf der anderen Seite des engen Stadttors, schaut der blühend aussehende Oberst Sr. Agl. Hoheit des Kretes, prächtiger Albanien als dem Küstenschutz.

Auf der Wüde selbst aber wimmelt ganz Durazzo herum. Die edlen Wüden, die ihr Wasserland verteidigen, indem sie, Schlieffensprünge zwischen den Beinen, Patronengürtel überm Bauch, in den „Coffanas“ sitzen und Kolla schlürfen, strömen aus dem Stadttor und drängen sich vor das Hauptquartier. Oesterreichische und italienische Offiziere, die von Vord gelangt sind, machen ihre Kameras knipsfertig. Gendarmen halten den Zugang zum Konakgarten frei, vor dem einander gegenüber je ein Matrose vom österreichischen „St. Georg“ und vom italienischen „Vittor Pisani“ stehen. Ich gehe wohlweislich nicht zu dem Oesterreicher sondern zu dem Pisani, zeige ihm eine deutsche Fawaldenlebenskarte, und die brave Schildwache zeigt dem Stempel des Berliner Polizeipräsidenten Respekt und läßt mich hinein.

Was ist los? Se. Agl. Hoheit, Wilhelm I. Oberst präz. Albania, wird gerufen, die heute morgen eingetroffene Kompanie rumänischer Freiwilliger an sich vorbeidestillieren zu lassen.

Den Rumänen geht es gut. Den Deutschen und Oesterreichern, die bisher hier eingetroffen sind, um ihre Haut für Wied und Albanien zu Marke zu trogen, ist diese Ehre noch nicht widerfahren. Dafür sind sie auch nicht in albanisch-rumänischer Phantastikform mit aktiven Offizieren an der Spitze hier eingerückt und haben keine albanische Fahne mitgebracht. Viele von ihnen hatten zerissene Stiefelsohlen, die in Wien von den Herren Gutschners und Wirth ebensowenig geflickt wurden, wie sie hier gratis repariert werden. Den dürftigen Konakgarten dürften sie zieren, sie leben aus wie Varrilladenmäher. Varrilladen aber bauen hier nur die fremden Matrosen vor dem Gesandtschaftsgebäude.

Als die Rumänen ziehen ein. Die beiden Wachen treten an, die Agl. Kanassen in ihren weiten Ballettröcken mit der verklärten Pistole im Seidengürtel gruppieren sich malerisch auf der Freitreppe. Zwei große Wollschmuck bringen mit wütendem Geheul aus dem Konak und nehmen die Front auf ihre Manier ab. Die Front ist übrigens nach dem Garten hin genommen, so daß die braven Rumänen dem heranstretenden Fürsten den Lufel zuteilen.

Endlich erhebt der gesamte Hof, im ganzen vielleicht sieben Personen, auf der Freitreppe. Der sehr schneidige Hauptmann der Rumänen, an dessen äußerem Habitus man seine wahre Freude haben kann, erstattet Meldung und wird vom Fürsten und der Fürstin in ein längeres Gespräch gezogen. Dieses wurde etwas beeinträchtigt durch weitere Temperamentsausbrüche der Hunde, bis

Reichstage gegenüber ist ja eigentlich das Ende abzusehen; daß wir immer mehr in eine parlamentarische Regierung hineingeraten. Es ist kolossal unerschäm, wenn Leute, die das Regieren nicht gewohnt sind, vom Kaiser verlangen, daß er auf seine Rechte verzichtet zugunsten einer Majorität im Reichstage, die stets schwanken sein wird und die doch, wie man milde ausdrücken kann, stark beeinflusst ist durch die Sozialdemokratie. Wenn zu mir irgend jemand kommt und sagt: Du geh mal hier weg, ich werde Deinen Grundbesitz verwalten, dann muß er mindestens den Beweis liefern, daß er es besser macht wie ich, sonst schmeiße ich ihn raus.“

Von dem Reichstagsabgeordneten Erzberger sagte v. Oldenburg, dieser habe ihm recht gegeben, als er ihm bat, seinen Einfluß in der Zentrumsfraktion dahin geltend zu machen, daß der Reichstag einmal zwei Jahre lang keine Gesetze machen möge. — Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat es dem Januschauer ganz besonders angetan, und im Hinblick auf den Fall Goesch sagte er: „Wenn der Reichstagskanzler da wäre, der den Herren in die Parade fahren und sagen würde: „Dazu ist die Verfassung nicht da, daß sie in dieser Weise von Ihnen maßkräftig wird, ich sage Sie alle zum Teufel und lasse neu wählen“, dann würde die Wahlprüfungscommission wohl wieder zurückkehren zur früher geübten Praxis.“

Inzwischen war der Festredner im richtigen Fahrwasser. Er führte weiter aus: „Der Stamm nach links wird unauffällig breiter, dagegen immer schwächer der Stamm der Monarchie. Wir haben 111 Sozialdemokraten im Reichstage. Das ist noch nicht das Schlimmste. Ich habe die Ueberzeugung, wenn man heute noch den Entschluß fäße, mit ihnen zu kämpfen, so würden wir ungenutzte Erfolge haben. Es würden ja zunächst eine Anzahl von Bomben geworfen werden, die mühten aber die beteiligten Minister vertragen.“

Die „katholischen Taufbrüder“.

Die „Correspondance catholique“, das Organ der belgischen Integralen, befaßt sich in ihrer Nr. 27 mit der Versammlung, die unter dem Vorsitz des Zentrumsführers Benjüng und in Anwesenheit Waders kürzlich in Dortmund tagte. Das katholische Center Wochenblatt schreibt gegen seine deutschen Glaubensbrüder:

„Sie haben sich aufgeführt wie in einer Speilunke, die „katholischen“ Katholiken von Dortmund, als sie am Montag versammelt waren, um den Index anzuspüren und mit ihren lärmenden „Hochs“ Wader Beifall zu brüllen, ihm, der eben von Rom verurteilt war. Wir haben es schon vorher gewußt, daß das Deutschland Nachhins den Index nicht liebt, wie es im allgemeinen das verabscheut, was es mit seiner ganz preukischen Beringigung die „römische Kurie“ heißt. Vor sieben Jahren haben die Integralen Katholiken eine interkonfessionelle Podemissionsfeier entdeckt, die mit ihrem geheimen Zentrum in Münster an der Aufhebung des Index arbeitete. Seit die „Correspondance de Rome“ tapferen Andenkens den Fuß auf dieses Vordemissionsgesetz gesetzt, haben sich die Münsterer Wipern vor den Augen der Leute zerstreut. Aber jeder „gute“ deutsche Katholik, genannt Bachemist, fährt fort, in seinem Herzen einen gütigen Haß gegen die Kongregation des Index, zu nähren, die übrigens ihren Ursprung dem hl. Pius V. verdankt, dem ersten integralen Papst der modernen Zeit. Der Alkoholistenfeldzug katholischer Taufbrüder von Dortmund (catholiques brassicoles) gegen den hl. Gerichtshof, der Wader verurteilte, wundert uns nicht so sehr, als er unsere Enttäuschung hervorruft. Was uns wundert, ist der Umstand, daß in der ganzen katholischen belgischen Presse sich gegen die in Dortmund begangene antirömische Orgie keine Stimme erhoben hat. Sie scheint nicht zu wollen, daß man bei uns erfahre, daß die Ideen Waders, die Ideen des deutschen Zentrums, von Rom verworfen sind.“

Ein netter Ton! Aber er ist unter den Merkmalen, päpstlicher wie bachemistischer Richtung, weit verbreitet. Das Trierer Bachemitenorgan bemerkt die andere Richtung als einen „Gaufen ekelhaften Gewürms“ das „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 14. Juli spricht gegenüber den Integralen von „verbrecherischen Schlinggewächsen“ an dem starken Baum der ober-

kirchlichen Gewalt, und Parrer Wader erklärt in seiner neuesten Rundgebung im „Badischen Beobachter“ (13. Juli), daß das Treiben seiner Widersacher ihn „nur mit Ekel erfüllen“ könne, es sei ihm schwer, die „Gefühle tiefer Verachtung“ zurückzudrängen.

Reformen infolge des Kölner Polizeiprozesses.

Bei Gelegenheit ihres großen Prozesses gegen die Kölner Polizei veröffentlichte die „Rheinische Zeitung“ auch die Dienstvorschriften der Kölner Schupleute. Die teils bürokratisch-verfälschten, teils von unfreiwilliger Komik erfüllten Vorschriften lenkten damals die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Unter anderem war es der Sittenpolizei verboten, gegen eine Dirne einzuschreiten, wenn sie sich in Begleitung eines Offiziers befand, und überhaupt wurden die Offiziere, selbst wenn sie ein Verbrechen begangen hatten, für nahezu unantastbar erklärt. Den Schupleuten war verboten, politische Versammlungen, gleich welcher Partei, zu besuchen. Auch durften sie keine politischen Vereinen beitreten und sollten sich möglichst von jedem Verein fernhalten. Das Tragen eines Knebelbartes war ihnen untersagt, sie durften die Hände nicht auf den Rücken legen, ihre Mäntel durfte keine äußere Tasche haben, und was dergleichen grober Anzug mehr war.

Jetzt wird bekannt, daß diese Dienstvorschriften als veraltet beseitigt werden sollen. Es wird im Auftrage des Ministeriums bei allen Polizeiverwaltungen eine Nachprüfung der Dienstvorschriften mit dem Ziele einer Reform vorgenommen.

Die Polizei wird nicht leugnen können, daß sie zu diesem Fortschritt durch die sozialdemokratische Kritik gezwungen worden ist. Trotz der mancherlei Reformen, die der Kölner Polizeiprozess nun schon zur Folge hatte, ist der damalige Angeklagte zu 500 M. Strafe und den hohen Kosten verurteilt worden. Daß ein Sozialdemokrat sich erdrehte, die Wahrheit über die kölnische Polizei zu sagen, mußte eben gerochen werden.

Dreiste Fälschung.

Am verflochtenen Donnerstag verurteilte das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg den Rusletier Wagner von der 8. Kompanie des 153. Infanterie-Regiments wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Richter des Halleschen Kriegsgerichts zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte unter ein Kaiserbild eine beleidigende Bemerkung geschrieben und eine Urteilsausfertigung in Bezug auf die Richter mit der bekanntesten Mißhandlung „Böy von Verlichingen“ versehen. Der Angeklagte gab den Tatbestand unumwunden zu und erklärte, als er nach den Motiven seines Tuns befragt wurde, er wolle unter allen Umständen vom Militärdienst befreit werden, weshalb er bitte, mit Zuchthaus bestraft zu werden. Diesen Wunsch konnte das Kriegsgericht jedoch nicht erfüllen.

Als unter Magdeburger Parteiorgan den Kriegsgerichtsbericht veröffentlicht hatte, druckte ihn am nächsten Tages die „Nationaldemokratische“ Magdeburger Zeitung ab und bemerkte dazu, daß „einwas Frecheres und Hinterlistigeres kaum zu denken sei, als dieses planvolle Provokieren von Fällen, die sich zu Agitationsmaterial eignen. Jetzt möchten sich diese Agitatoren mit lächelnder Miene die strengsten Strafen selber bestellen, um sie nachher ausbeuten zu können.“

Das Blatt stellte also die himberbrannte Behauptung auf, daß Sozialdemokraten mit vollem Vorbedacht Straftaten begehen und sich auf Jahre ins Gefängnis oder Zuchthaus sperren ließen, nur um dann den Militarismus anklagen zu können. Andere bürgerliche Blätter im Reich, wie die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ haben den Fall aufgegriffen, da sie ebenfals glauben, ihn gegen die Sozialdemokratie auszuspielen zu können. Die Art der „Magdeburger Zeitung“ ist ihnen allerdings zu täppisch; sie beschränken sich deshalb darauf, den verurteilten Soldaten als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt ihn z. B. ein „angenehmes Produkt sozialdemokratischer Erziehung“.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Verurteilte nicht die geringsten Beziehungen zur Sozialdemokratie gehabt hat. In der Gerichtsverhandlung ist nicht mit einem Worte der Sozialdemokratie Erwähnung getan und nicht der kleinste Anhalt dafür gefördert worden, daß der Angeklagte Sozialdemokrat war oder zur Sozialdemokratie Beziehungen hatte. Wäre das der Fall gewesen, so hätte sich der Vertreter der Anklage diesen Umstand sicherlich nicht entgehen lassen. Der Versuch, den Ange-

die Fürstin ihnen höchst eigenhändig mit höchstem Spazierstöckel kräftig eins überzog.

Unterdessen machte draußen das treue Volk lange Hälse, die fremden Offiziere rissen Wige und knipsten, und der Kurbelmann auf dem Dach ließ seinen Apparat spielen. Die Hauptjache bekam er allerdings nicht mit auf die Platte.

Was dahin war das alles sehr amüsant und nett. Aber dann kam ein Augenblick, den ich so leicht nicht vergessen werde. Mit den Rumänen war eine freiwillige Samariterin vom Senker Kreuz gekommen. Die Fürstin ließ sie zu sich bitten und sprach mit ihr. Bei der Verabschiedung wickelte sie ihr die Hand zum Kus. Schön. Aber auch Wilhelm von Reich ließ sich die Hand von ihr küssen, ohne auch nur eine abwehrende Bewegung zu machen.

Dieser Augenblick beleuchtet wie ein Blitzlicht die tolle Umkehrung aller Logik, die in den hiesigen Verhältnissen immer wieder zum Vorschein kommt. Diese Frau hat den Fürsten früher weder gekannt noch auch nur gesehen, sie kommt aus einem fremden Lande herüber, um Wunden zu heilen. Sie ist es also, die dem Fürsten und seinem Lande etwas zu schenken hat, und es wäre nicht mehr als ein Akt schuldiger Ritterlichkeit und Dankbarkeit gewesen, wenn der Wied ihr die Hand geküßt hätte. Aber dafür hatten anscheinend beide kein Empfinden, weder die Frau, die eine Männerhand küßte, die sich längst als kalt und kraftlos erwiesen hat, die sich kaum zu einem kräftigen Druck aufschwüngen kann, noch der Mann, der vielleicht nicht ansteh, sein selbstfabriziertes Königtum als „von Gottes Gnaden“ zu betrachten.

Das Königtum in Albanien wird auf Abzahlung erworben. Jeder Untertan erhält dafür, daß er nicht zum Feinde übergeht, zwei und einen halben Frank täglich. Damit hört die Untertanenpflicht auf, und für den geringen Tageslohn ist es ja auch wohl genug. Ueberdies gibt es auch andere Leute, die für dasselbe Geld Kosten stehen, die Gefährliche bedienen und sich im Kosfall totschützen lassen, — für den Wied und seine Drei Frank-Würdigen. Die Freiwilligen erhalten nämlich auch nur zwei Frank fünfzig Centimes am Tag, und müssen damit auskommen, trotzdem die Preise für Wohnung und Lebensmittel hier in manchen Fällen außerordentlich hoch sind.

Diese ganze Freiwilligengeschichte, soweit Deutsche und Oesterreicher in Frage kommen, ist ein äußerst trauriges Kapitel. Es gibt nicht Worte genug, um die Art und Weise, wie Gutschners und Konsorten die Anwendung betriebenen haben, als das Treiben von Leuten zu kennzeichnen, denen jedes Gefühl der Verantwortung irgendwelcher Art vollständig abgeht. Es hält ein wenig schwer, mit den Freiwilligen Mitleid zu haben, denn sie haben sich ihre Suppe selbst eingekocht und ein gewisses Maß von Dummheit ist strafbar und straft sich am besten von selbst. Aber man sagt sich immer wieder, daß auch noch andere Faktoren im Spiel sein müssen. Zweifellos haben die meisten derjenigen, die hierherkommen, einmal im Leben Schiffbruch gelitten und hoffen hier einen Anker zu reparieren, den sie sich innerlich einmal geholt haben. Die meisten der deutschen und österreichischen Freiwilligen bereuen es sicher schon heute, daß sie gekommen sind. Sie sind ohne einen Pfennig, denn die Löhnung reicht gerade hin, um das tägliche Essen zu bezahlen. Sie haben bis heute die versprochenen Uniformen ebensowenig erhalten wie die 30 Kronen, die Gutschners und Wirth ihnen versprochen haben. Aber eine falsche Scham hält sie davon ab, auf deutsche Konsulate zu gehen und ihre Rückbeförderung zu beantragen.

Sieht man von der freiwilligen-Episode ab, so bietet das Leben im Arlege hier eine einzige Reihe verquälender Momente. Am meisten aber muß man lachen, wenn man hier am Plage liest, was in den Zeitungen über die hiesigen Verhältnisse steht, besonders aber, wie die militärischen Ereignisse aus Mäden zu Elefanten gemacht werden.

Da hörte man zum Beispiel neulich in der Nacht draußen eine rasende Schreierei, so daß die halbe Stadt alarmiert war und man auf der „Breslau“ das Panzerkorps in Bereitschaft hält. Am Morgen verbreitete sich das Gerücht, die Insurgenten hätten eine der Geschützstellungen angegriffen und seien zurückgeschlagen worden. In Wahrheit aber war der Sachverhalt folgender: In der Nacht vorher hatte ein einheimischer Gendarm einen Koffermann erschossen, weil er ihm einen Lastwagen absperrig gemacht hatte, und war dann zu den Insurgenten übergegangen, um vor der Wuttrache sicher zu sein. Behn gute Freunde von ihm wollten ihn in der folgenden Nacht folgen, wurden aber von einer Patronenlinie entdedt und sofort von der ganzen Schlägenlinie unter Feuer genommen, die auch glücklich zwei von den zehn zur Strecke brachte. Es sind gegen die zehn Gendarmen weit über tausend Patronen verschossen worden.

Ein famoser Witz ist auch die Expedition Prenk Viddosa, der befohlen ist von Alessio her Durazzo entsenden sollte. Er nahm 4000 edle Wüden mit, die ihm Kreuze bis in den Tod schwuren, wenn sie plündern dürften. Das wurde ihnen mit Vergnügen gestattet und sie besorgten es so gründlich, daß die durchschnittliche tägliche Marschleistung dieser Expedition ganze sechs Kilometer betrug. Aber die Vurtheuber Landwehr kommt auch einmal an. Eines Tages standen die Viddosaleute nur noch 40 Kilometer von Durazzo entfernt.

Mit dem Plündern war es nun aus, denn da hatten die Insurgenten schon reinen Tisch gemacht. Ein weiteres Vorgehen hätte geheißen, sich den Augen der Insurgenten auszuliefern. Die Wüden beschloffen den Bruderkrieg nicht heraufzubehören, sie erklärten ihrem Prenk, sie hätten jetzt von der Geschichte genug, machten lehrte und zogen nach Alessio, obwohl man jetzt geraubtes Vieh billig kaufen kann. Man sagt, daß Plünderer aus Durazzo sich diese Gelegenheit zunutze machen.

Nächst den Militaria sind die Ausrüstungen der hohen Völkler hier eine ständige Quelle des Vergnügens. Da sind zuerst die beiden eifersüchtigen Freunde, Oesterreich und Italien. Sie passen auf einander auf, wie die Hefelmacher, ihre Wunden haben sie aufeinander wie die stammeligen Zwillinge, und nachts wird man immer gleichzeitig auf italienisch und österreichisch nach Parole und Gelbdruck gefragt.

Die Italiener stehen bei der Bevölkerung in Verruf. Man beschuldigt sie, mit den Insurgenten zu konspirieren. Etwas ist sicher dran, denn jede Nacht flucht der Vitor Pisani geheimnisvolle Telegramme in die Luft, auf die stets Feuerzeichen primitiverer Natur von den Höhen von Kasbul antworten.

Die Franzosen sind dochlotter, auch von der Besetzung der anderen Kriegsschiffe, warum, kann kein Mensch ergründen. Aber die deutschen und englischen Matrosen betragen sich, allen Vegerereien dies- und jenseits des Kanals zum Trotz, vorzüglich.

Der Berichterstatter aber langweilt sich trotz alledem hier sehr bald. Und hofft unter Augen, daß dieser albanische Film nun endlich einmal mit wirkungsvollem Schluß zu Ende ruht. Aber wer weiß, wie viel Alie er noch zeitigen wird.

hagten der Sozialdemokratie an die Reichshöhe zu hängen, gehört also zu jenen Gemeinheiten, die in einer gewissen „anständigen“ Presse üblich sind.

Kein Tag ohne Kasernendrama.

Die Angelegenheiten des Heeres von Falkenhahn sorgen immer aufs neue für Kasernendramen. In Köln sind zurzeit Märche an der Tagesordnung, die bei der furchtbaren Hitze mit schweren Erkrankungen von Soldaten endigen. Vor einigen Tagen ist der Soldat Gießing von der 1. Kompanie des 7. Pionierbataillons in Köln einem Hitzschlag erlegen, dem er sich auf dem Marsch gefolgt hat. Obwohl der Mann, dem Zusammenbruch nahe, zurückblieb, wurde er von einem Offizier immer wieder zum Marschieren angetrieben. Er brach zusammen, wurde zur Kaserne geschafft, wo es zwei Stunden dauerte, bis der Arzt kam. Gleich darauf starb der Soldat. Andere Soldaten der Kompanie liegen krank im Lazarett.

Spionage ohne Ende.

Am Montag wurde in der Nähe der ostpreussischen Feste Dohna bei Löben ein russischer Spion verhaftet. Er wurde festgenommen, als er gerade Vermessungen an den Festungswällen unweit des Rastenburgers Loos vornahm. Im Verhör gab er an, russischer Major zu sein.

Aus Trier wird gemeldet, daß dort seit 14 Tagen zwei Angestellte der Differdinger Hüttenwerke, die einen Ausflug nach der benachbarten französischen Grenzfestung Montmédy unternommen haben, vermißt werden. Jetzt wird gemeldet, daß beide in Begleitung eines ihnen befreundeten französischen Unteroffiziers eingehend die Festung besichtigt und dabei einige photographische Aufnahmen gemacht haben. Beide sollen jetzt angeblich in Haft gehalten werden, ebenso wie der französische Unteroffizier, den sie beschuldeten.

Wieder eine Verhaftung an der russischen Grenze.

In der russischen Grenzstadt Dobrzyn wurde der Oberlehrer Dr. Nagel, der am Gymnasium in Anklam angestellt ist, verhaftet. Er befand sich auf einer Reise durch die westlichen Anhebungsgebiete. Bei dieser Gelegenheit ist er, wie angenommen wird, von der deutschen Stadt Golub nach der gegenüber liegenden russischen Stadt Dobrzyn hindübergegangen, um dort volkswirtschaftliche Studien zu treiben. Die regierungsfreundlichen Blätter bezeichnen den Verhafteten als absolut einwandfrei; es könne sich bei ihm keinesfalls um Spionage handeln. Der Landrat des Kreises Eriksen in Westpreußen hat sich bereits an die russische Behörde um Freilassung des Verhafteten gewandt, jedoch bisher ohne Erfolg. Auch die Vermittlung des Auswärtigen Amtes ist angerufen worden.

Eine Verichtigung des Kriegsministeriums. Die Redaktion wird auf Grund des § 11 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 ersucht, die nachstehende Verichtigung in die nächste, noch nicht zum Druck abgeschlossene Nummer des „Vorwärts“ aufzunehmen:

In der Nr. 153 des „Vorwärts“ vom 13. Juni 1914 wird in dem Artikel „Militärbesetzung in Baden“ u. a. behauptet, daß in Karlsruhe circa 50 Lokale für die Soldaten gesperrt seien.

Diese Behauptung ist un wahr. Für die Militärpersonen waren in Karlsruhe im Juni d. J. nur acht und sind zurzeit nur sieben Lokale verboten.

Im Auftrage: Scheff.

Mystisches Dunkel.

Das Attentat auf Rasputin.

Kaher dem Bobdolonium und den Massenmordrichtungen funktioniert im großen Rußland eigentlich nur noch ein einigermaßen zufriedenstellendes. Das ist die Geheimpolizei und vor allem ihre geschickte Verdunkelung alles dessen, was am Zarenhof geschieht. Das Attentat der Kaiserin auf den „Heiligen“ Rasputin beleuchtet einmal wieder dieses Dunkel. Die Romanows sind von jeher einen ebenso bornierten wie ekstatischen Religionsglauben besonders zugänglich gewesen. Der König Illodor, der auch in dem Fall Rasputin seine „heilige“ Hand zu haben scheint, hat am Hof der Zaren viele Vorgänger und Vorgängerinnen. Neuerdings scheint vor allem auch die aus Deutschland gebürtige Zarin ein Opfer der geschäftstüchtigen Mystik geworden zu sein. Denn wenn berichtet wird, daß Rasputin im nächsten Jahre eine eigene Zeitung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung Rußlands, unterstützt von einer „sehr hochstehenden Persönlichkeit“, herausgeben wollte, so wird damit wohl auf die Zarin hingedeutet. Als und zu hört die Welt Unkraut und Widersprechendes von dem Leben in Peterhof und Jarosloje-Selo. Wie aber mag es wirklich in dieser prunkvoll-düsteren Atmosphäre von Prädumerei, Soluspolus und immer wieder verübten Gewalttaten aussehen?

Der Aufstand in Albanien.

Durazzo, 15. Juli. Gestern Abend 9 Uhr wurde ein Parlamentär zu den Aufständischen geschickt, der ihnen vorschlug, solle, entweder mit der Verbannung von Durazzo oder mit der Kontrollkommission oder mit dem Fürsten zu verhandeln. Die Aufständischen erwiderten, daß sie, bevor sie eine neue Entscheidung trafen, den Fall von Valona abwarten wollten.

Der Rede- und Bürgerkrieg in Ulster.

London, 14. Juli. (Fig. Ber.)

Seit Monaten schreit sich die konservative Presse Englands heiser nach dem Bürgerkrieg in Ulster. Wie der Prophet des Weltuntergangs wird sie nicht müde, das schreckliche Ereignis für die nächsten Tage oder die nächsten Wochen zu prophezeien, um nachher, wenn sich die Wahrsagung nicht bewährt hat, gleich wieder frisch und frisch drauf los zu prophezeien. Die Sache wurde allmählich eintönig und albern. So mußte man sich denn dazu entschließen, einmal etwas ganz Außergewöhnliches zu leisten. Der 12. Juli schien für das Unternehmen der passendste Tag. Am 12. Juli (der 12. war in diesem Jahre ein Sonntag, an dem sich wegen der geschlossenen Wirtschaft die patriotische Festtagsstimmung schlecht erzeugen läßt) feierten die Protestanten Ulsters ihr Nationalfest, den Gedenktag der Schlacht an der Boyne. Nie ist es an diesem Tage ohne Kaufereien zwischen Katholiken und Protestanten hergegangen. An diesem Tage sollte sich doch Stoff finden, den man als die Anfänge des prophezeierten Bürgerkrieges ausmalen könnte. Die konservativen Blätter schickten ein ganzes Regiment mit allem Zubehör ausgestatteter Kriegskorrespondenten nach Ulster. Allen voran schritt das chauvinistische Blatt „Daily Mail“, dessen schauerlich schöne Beschreibungen von Ereignissen, die sich nicht zugetragen haben, Weltberühmt sind.

Der 13. Juli ist gekommen und gegangen und nichts, rein gar nichts hat sich zugetragen. Ein paar Enten sind in die Welt geflattert worden, die die liberale Presse gleich niedergelockt hat. Die Orangemänner sind auf eine große Meise in der Nähe von Belfast hinausmarschiert und haben Reden über abgeknallt. Sir Edward Carson hat seine alte Rede und seine bekannten patetischen Gebärden wiederholt. Pius X. trinkt in Rom unbelästigt seinen Tee weiter und der König

Wilhelm schläft noch in seinem Grabe. Die einzigen, die von dem Feiernummel profitiert haben, sind wie gewöhnlich die nationallistischen Wirte, in deren Händen sich die Schanklokale Ulsters befinden. Doch auch sie scheinen keine besonders guten Geschäfte gemacht zu haben; denn der Festtag ist in diesem Jahre außerordentlich ruhig verlaufen. Das ist eine bittere Enttäuschung für die Propaganda des Bürgerkrieges, die ihre politischen Hoffnungen auf das Blutvergießen in Ulster gesetzt haben. Und das ist ein Glück. Die Arbeiter Ulsters scheinen doch nicht solche Simpel zu sein, daß sie auf das Weheß einiger dramatischerer Advokaten und Aristokraten ihr Leben für eine Sache in die Schanze schlagen, die ihnen nicht den geringsten Nutzen verspricht. Die unerträgliche Spannung in Ulster ist nichts als eine Fiktion, die die Konservativen für ihr politisches Spiel aufrechterhalten müssen. Das stellt sich von Woche zu Woche immer klarer heraus.

Einen merkwürdigen Einfluß auf die Gestaltung der irischen Lage hat das schnelle Emporwachen der nationalistischen Freiwilligenbewegung ausgeübt. Vor neun Monaten war das Heer der Ulsterfreiwilligen noch die einzige bewaffnete Organisation im Dienste einer politischen Partei. Seitdem sind die Ulsterfreiwilligen von den nationalistischen Freiwilligen überflügelt worden. Denn diese sind zurzeit an Zahl nicht nur viel stärker, sie besitzen auch besseres Soldatenmaterial. Aus den nationalistischen Gegenden Irlands bezieht England die besten Rekruten für sein Soldatenheer, und ein großer Prozentsatz der nationalistischen Freiwilligen besteht aus ausgedienten Soldaten. Auch im Punkte Bewaffnung werden die nationalistischen Freiwilligen, denen das Waffenjammeln aus leicht verständlichen Gründen noch weniger schwierig fällt als den Ulsterfreiwilligen, den Ulsterleuten nicht nachstehen. Möglicherweise, daß diese Tatsachen auf die Hühler in Ulster ernüchternd gewirkt haben. Jedenfalls haben sie die Berechnungen der Konservativen empfindlich gestört. Denn gelangte es diesen jetzt, die Regierung zu stürzen, aus Ruher zu kommen und der Homerule den Garaus zu machen oder Irland zu zerstücken, so läßen sie sich angesichts der 120 000 nationalistischen Freiwilligen genau in dieselbe Lage verwickeln, in der sich heute die liberale Regierung befindet. Dieser Umstand wird die Konservativen schließlich wohl auch bestimmen, in den sauren Apfel zu beißen und das Angebot der Regierung anzunehmen, nach dem sich die Ulstergraffschaften durch Urabstimmung von dem selbstverwaltenden Irland fernhalten können. Mittlerweise werden wir jedoch noch viel von dem „bevorstehenden Bürgerkrieg“ hören. Doch wenn Herr Asquith die Herren von Ulster ihren Rede-Bürgerkrieg ausführen läßt und seine sichtlich aus dem Heim gehende Partei noch einige Monate zusammenhalten kann, werden wir das letzte von der irischen Homerule gehört haben, die so lange die Entfaltung der politischen Arbeiterbewegung in Großbritannien und Irland gehindert hat.

Frankreich.

Der französische Militarismus.

Paris, 15. Juli. Auch die gefrige Senatsdebatte wird in der Presse eifrig erörtert und von den Vätern der einzelnen Parteien zumeist zu scharfen Angriffen gegen die politischen Gegner benutzt. Interessant ist das Urteil von Jaurès. Er schreibt in der „Humanité“: Was das schlimmste und traurigste an den „Enthaltungen“ Humberts ist, das ist die Tatsache, daß es in Wirklichkeit keine Enthaltungen sind. Seit langem ist die Verzerrung unserer Verteidigungsmittel bekannt. Vor einem Jahre schon mußte man alle diese Mängel eingestehen, als man vom Budget des Krügeren außerordentliche Kredite verlangte. Schon bemüht man sich, die furchtbaren Enthaltungen gegen die Demokratie und gegen die Republik auszubehnten, diese Enthaltungen, durch welche die militärischen und chauvinistischen Rückwärtler für immer diskreditiert werden sollten! Nicht die Millionen haben gefehlt, sondern die Ideen und Köpfe. Man hat in Paris die albernsten Japsenstreiche eingeführt und jene plumpen Vorurteile entfesselt, denen das Dreijahresgesetz seinen Ursprung verdankt, und jetzt wird man aus Frankreich zwei weitere Milliarden herauspressen, um es für die begangenen Dummheiten zu bezahlen. Aber die Stunde der Rechenschaft wird bald schlagen.

Das Echo in der Kammer.

Paris, 15. Juli. General Pédoja, Vorsitzender der Deereskommission, hat die Kammer ersucht, seiner Deereskommission die gleichen Machtbefugnisse zu erteilen, die der Senat der Deereskommission des Senats erteilt hat. Ministerpräsident Viviani erinnerte daran, unter welchen Bedingungen die Regierung darin gewilligt hätte, daß die Senatskommission nicht eine Untersuchung anstelle, sondern die Frage in gemeinsamer Arbeit mit dem Kriegsminister studiere. Der Ministerpräsident wies andererseits darauf hin, daß die Budgetkommission der Kammer ordnungsgemäß das Recht habe, eine Subkommission zu ernennen, um die Verwendung der für die nationale Verteidigung bestimmten Kredite zu überwachen. Eine gewisse Zahl von Mitgliedern der Armeekommission arbeiteten mit der Budgetsubkommission zusammen. Dies sei ein vermittelnder Vorschlag, den er mache, um zu vermeiden, daß zwei Deereskommissionen sich widersprechende Schlüsse aufstellten. General Pédoja stellte sich auf den Boden dieses Vorschlages. Der Sozialist Albert Thomas forderte, daß die Budgetkommission eine dauernde Ueberwachung ausübe, um darüber zu urteilen, ob man sich seit Monaten gegenüber einem Generalstab befunden habe, dessen Sorglosigkeit und Ungeschicklichkeit nicht scharf genug gekennzeichnet werden könnte.

Der nationalistische Abgeordnete Driand führte aus, der Feldzug, welcher sich vorbereite, darauf abziele, einen Wechsel im Oberkommando herbeizuführen und an diese Stelle eine politisch-militärische Clique zu setzen. Der General Pédoja, sagte Driand, hat mir soeben ganz aufrichtig gesagt: Wir wollen den General Joffre durch den General Sarrail ersetzen. (Widerpruch rechts.) General Pédoja rufte: Ja! (Rechter Weisfall links.) — (Lärm.) Rechts wird gerufen: Ein Angeber! Ein Denunziant! — Driand hielt darauf eine temperamentvolle Lobrede auf den General Joffre. Kriegsminister Rémy versprach seine freimütigste und loyalste Mitarbeit bei der Kontrolle über die Anwendung der neu bewilligten Kredite. (Weisfall links.) Präsident Deschanel machte darauf aufmerksam, daß Pédoja seinen Resolutionsantrag zurückgezogen habe und daß die Tagesordnung erschöpft sei.

Finanzminister Rouleus beantragte, das Budget an den Senat zurückzuverweisen. Die Kammer nahm mit 313 gegen 244 Stimmen entgegen dem Beschluß des Senats den Artikel des Einkommensteuereintrags an, der von der Kontrolle der Einkünfte nach dem Tode handelt. Das gesamte Budget wurde schließlich mit 378 gegen 103 Stimmen angenommen. Heute findet eine Nachmittags-Sitzung statt.

In der Nachmittags-Sitzung hielt der Senat einstimmig und ohne Diskussion seine Beschlüsse über diejenigen Punkte des Budgets aufrecht, in denen er sich mit der Kammer im Gegensatz befindet, insbesondere bezüglich der Prüfung der Einsetzung der Verordneten.

Parlamentsschluß.

Nachdem Senat und Kammer nach langer Beratung über alle Punkte des Budgets einig geworden waren, verlas kurz vor 8 Uhr abends der Justizminister im Senat und der Minister des Innern in der Kammer das Dekret über die Schließung der Session. Finanzminister Rouleus legte auf dem Bureau der Kammer das Budget für 1915 nieder.

Aus der Partei.

Die Raiffeier auf dem Internationalen Kongress

beschäftigte eine sehr stark besuchte kombinierte Versammlung der Delegierten der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs und des Gewerkschaftsverbands. Heinrich Stube gab einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Raiffeier und die um sie geführten Diskussionen. Die Beteiligung an der Raiffeier ist um sie besonders in den letzten Jahren keineswegs mehr den Vorstellungen, wie sie den Delegierten des Internationalen Kongresses im Jahre 1889 vorgezeichnet hätten. Der passive Widerstand gegen die Arbeitsruhe sei gewachsen. Die Unterstüßung der Aussperrungen habe die Frage weiter kompliziert. Entscheidend aber sei die Erwägung, daß die Raiffeier an agitatorischer Kraft eingebüßt und die Anteilnahme bei der Masse der Arbeiter stark nachgelassen habe. Angesichts der Tatsache, daß sich die Arbeiterfreunde zu neuen Angriffen auf das Koalitionsrecht und das Reichstagswahlrecht rüsteten, sei es notwendig, unnötige Opfer zu vermeiden und alle Kraft auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Im Namen der Kartellkommission und der Hamburger Parteivorstände legte Stube folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die wirtschaftlichen und politischen Ansprüche immer größere Opfer an die organisierte Arbeiterschaft stellen, hält die Versammlung es für dringend notwendig, daß zur energischen Führung der Kampfe alle Kräfte freigemacht werden und beschließt deshalb zur Raiffeier:

Die Art und Weise der Rundgebung am 1. Mai bleibt den einzelnen Nationen überlassen.“

Dem Referat Stubes schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der sich die Mehrzahl der Redner für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes aussprach. Mehrfach wurde darauf verwiesen, daß der Beschluß ein Zeichen der Schwäche dem Unternehmertum gegenüber sein werde. Andererseits wurde dem entgegengehalten, daß es nicht ein Nachgeben, sondern ein Kräfte sammeln zu kräftigeren Vorstößen gälte. Der Antrag eines Parteimitglieds verlangte, daß mit der Raiffeier in der bisherigen Form überhaupt gebrochen werde. Im Schlußwort unterstrich Stube nochmals, daß es nächsten zu urteilen gelie. Die Anhänglichkeit an die Raiffeier sei gewiß kein schlechtes Zeichen und mit dem Herzen stehe auch er auf der Seite dieser begeisterten Anhänger. Die Tatsachen wiesen aber einen anderen Weg.

Ein Zusatzantrag zur Vorstandesresolution, der ausdrücken wollte, die Arbeitsruhe trotz allem als die würdigste Form der Raiffeier zu bezeichnen, wurde abgelehnt, nachdem Stube darauf hingewiesen, daß nach dem Antrag des Vorstandes der Parteitag alljährlich über die Form befinden könne. Die Resolution der Parteivorstände und der Kartellkommission wurde darauf mit übermächtiger Mehrheit angenommen.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 12. Juli, tagte in Frankfurt die Generalversammlung des Kreisverbandes der Sozialdemokratischen Partei. Der Jahresbericht ergab die Tatsache, daß sich die Parteiverhältnisse in zunehmender Entwicklung befinden und vornehmlich die Landagitation sehr gefördert worden ist.

Die Versammlung nahm ein Referat des Reichstagsabgeordneten des Kreises Genossen Schumann über die gegenwärtige politische Lage entgegen, in dem der Genosse den Nachweis erbrachte, daß die Regierung dem Druck der bürgerlichen Kreise nachgegeben hat und ein völliger Stillstand in der sozialen Gesetzgebung eingetreten ist. Ein Antrag des Ortsvereins Frankfurt für den Kreis ein Kopfsblatt der „Märkischen Volkstimme“ zu gründen, zeitigte eine rege Diskussion und führte zu dem Resultat, daß ein Antrag des Genossen Parteisekretär Wels-Berlin angenommen wurde, diese Angelegenheit vor das Forum des Provinzial-Parteitages zu verweisen, um dann durch die Parteinstanzen seine Entscheidung zu finden. Für die Jugend und Bildungsbestrebungen im Kreis wurden 750 M. bewilligt. Zum Parteitag in Würzburg wurde der Genosse Petzsch delegiert.

Letzte Nachrichten.

Das störrische Oberhaus.

London, 15. Juli. Das Oberhaus hat die Will betreffend die Abschaffung der Muralwahlstimmen, die zum zweiten Male an das Oberhaus verwiesen wurde, mit 119 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Sturmjahren im bulgarischen Parlament.

Sofia, 15. Juli. Die Sobranje sollte heute die Verhandlung der Anleihe beginnen. Zu Beginn der Sitzung verlas der Führer der Radikalen Tsanoff im Namen der gesamten Opposition eine lange Erklärung, worin die Mängel der Anleihe hervorgehoben werden, die mit den Worten schließt, daß die Opposition sie als entehrend und unheilvoll für das Land betrachte, das keinerlei Vorteile für die zahlreichen überaus schweren Lasten, die sich aus der Kreditoperation ergäben, erhalte. — Die Verlesung dieser Erklärung wurde durch stürmische Protestrufe seitens der Abgeordneten der Mehrheitspartei unterbrochen. Der Führer der reformistischen Sozialisten Passaloff brachte eine Erklärung zur Verlesung, worin die Regierung beschuldigt wird, daß sie die Anleihe habe, durch Gewährung der Konzeption für den Bau der Eisenbahnlinie Paslowo-Portolagos sowie für die Hafenbauten in Portolagos und durch Ausbeutung der Gruben zu Pernik und Bebedol Fremde ins Land kommen zu lassen. Während der Verlesung herrschte immer anwachsender Lärm. Schließlich verlas Blagoeff, der Führer der doktrinen Sozialisten, gleichfalls eine Erklärung, die in demselben Sinne gehalten war. Während der Verlesung dieser Erklärung kam es zu einem Zwischenfall.

Als Blagoeff erklärte, er protestiere dagegen, daß die russische Gesandtschaft durch Veröffentlichung eines Communiqués über die Anleihefrage sich in die inneren Angelegenheiten einmische, begann die Majorität lebhaft zu applaudieren. Innenminister Petschew schloß sich an, indem er auf die Demokraten hinwies: Sie sind es, denen man diese Reaktionen der russischen Gesandtschaft zu verdanken hat, von der Sie Ihre Aufträge erwarten. Als der Führer der Demokraten in bestiger Weise dagegen protestierte erwiderte Innenminister Petschew, Malinow sei ein Fremder. Auf diese Worte hin erhob sich schreiend die gesamte Opposition. Malinow rief dem Minister zu: Feigling! Die Abgeordneten schlugen auf die Pulse. Wegen des ungeheuren Lärms unterbrach der Präsident die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung dauerte der Lärm mit der gleichen Heftigkeit an, so daß die Sitzung normal geschlossen werden mußte. Die Opposition beschloß, die Verhandlung der Vorlage um jeden Preis zu verhindern.

Nach neuerlicher Aufnahm der Sitzung wurde die Obstruktion fortgesetzt. Während dieser hässlichen Szenen forderte der Präsident die in die Rednerliste eingetragenen Abgeordneten auf, das Wort zu ergreifen und als sich auf diese Anforderung bei dem herrschenden ungeheuren Lärm niemand meldete, brachte der Präsident die Vorlage zur Abstimmung. Die gesamte Mehrheit erhob die Hände, worauf der Präsident die Vorlage für angenommen erklärte und sofort die Sitzung schloß. Die Mitglieder der Mehrheit applaudierten lebhaft, während die Opposition gegen das Vorgehen des Präsidenten in bestiger Weise protestierte. Noch lange nach Schluß der Sitzung dauerte die Erregung im Saale und in den Wandelgängen an.

Dem Stimmer Karl Spott und seiner Ehefrau Agnes zur goldenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kinder und Enkel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Görlitzer Viertel. Bezirk 197 III.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlichter **Wilhelm Schöneich** Wienerstraße 37, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Ärztlichen-Friedhofes aus auf dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Montag, den 13. Juli, verstarb unsere Genossin, Frau **Berta Lehmann** Cuxsternstr. 39.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsfürst-Ärztlichen-Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 13. Juli entfiel sanft nach langem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter **Johanna**.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Steffried Glas und Frau.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsfürst-Ärztlichen-Friedhofes aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 12. Juli verstarb unser Parteigenosse
Julius Nadler
Bergstraße 2. 9. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Neuköllner Friedhofes, Rudower Straße, aus statt.
Am 12. Juli verstarb der Arbeiter
Heinrich Schubert
Weichselplatz 5. 4. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem neuen Friedrichsrieder Gemeinde-Friedhofe in Karlsruher Straße.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

„Neuköllner Liedertafel 1913.“
Am Montag, den 13. Juli, verstarb unser treuer Sangesbruder
Julius Nadler.
In seiner 35-jährigen Mitgliedschaft hat er sich durch regen Fleiß im Interesse der guten Sache unter den Mitgliedern ein dauerndes Andenken bewahrt.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem alten Neuköllner Friedhof, Rudower Straße, statt.
Die Sänger treffen sich um 8 Uhr beim Sangesbruder Gellert, Rudower Straße 85.
Dankjagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Seligmachen meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Anna Brose
lagen mir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Wilhelm Brose.
Familie Herrndorf.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Montag, den 13. Juli, verstarb unsere Genossin, Frau **Berta Lehmann** Cuxsternstr. 39.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsfürst-Ärztlichen-Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Montag, den 13. Juli, verstarb unsere Genossin, Frau **Berta Lehmann** Cuxsternstr. 39.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsfürst-Ärztlichen-Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Anführer
Julius Nadler
Neukölln, Bergstr. 2, am 12. Juli an Gehirnverletzung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Rudower Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
129/3 Die Ortsverwaltung.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Herrrenschneider, Kollege
Karl Siebert
im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Dreifaltigkeits-Friedhofes in der Bergmannstraße aus statt.
169/15 Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Vaters
Walter Langer
spreche ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank aus.
2706b
Witwe Langer,
Legel, Schillerstraße 76.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, liebe Mutter und unvergeßliche Tochter und Schwester
Otilie Engelmann
geb. Preidel
nach langem Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten
Loo Engelmann nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Halle des kath. St. Michael-Kirchhofes, Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Turnverein „Fichte“
Berlin.
(Mitgl. d. Arb.-L.-B.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse
Kurt Hellbach
Hedermünder Str. 3
am 12. Juli an einem Herzfehler gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof der Weichselmann-Gemeinde in Rieder-Schönhausen (Nordend) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlflecke Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Robert Hannig
im Alter von 23 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Grünau statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Zentrarbeitsrat Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifaltigkeitsführer
Wilhelm Oehlschlager
am 12. d. d. d. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsfürst-Ärztlichen-Friedhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
66/17 Die Bezirksverwaltung.

Kennst Du das Land, wo dicke Fischen liegen?
Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reich
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow.
Die außerordentliche Sitzung des Ausschusses findet am Freitag, den 24. Juli 1914, abends 8 Uhr, im Restaurant von Koczka, Berlin-Pankow, Kreuzstr. 3/4, statt.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung.
2. Bericht über den geplanten Erwerb des Krankenkassengebäudes.
3. Wahl von drei Ausschussmitgliedern gem. § 97 letzter Satzung.
4. Beschlußfassung über den Beitritt zur Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg, dem „Landesverband deutscher Ortskrankenkassen“ und der „Zentral-Kommision“.
5. Bericht über den Krankenkassentag in Darmstadt. Referent: Geschäftsführer G. Koblentz.
6. Verschiedenes.
Die gewählten Vertreter der Versicherten werden hierdurch zu dieser Sitzung eingeladen mit dem Hinweis, daß ihnen eine Legitimationskarte zur persönlichen Benutzung noch ausgestellt wird.
275/20
Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist notwendig.
Berlin-Pankow, den 13. Juli 1914.
Otto Rümann, zweiter Vorsitzender.

Erstklassige Briketts
M. 7.40 f. 1000 Stück.
Riesensform 7, Halbsteine M. 0.73 f. 1 Zentner, feinst.
Brennholz billigst.
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln,
Knaesebeckstr. 148.
Telephon: 1610 u. 2133.

Gesellschaftshaus Trebbin.
Reinen gr. schattigen Garten sowie gr. Saal etc., gr. Ausspannung, empf. den Ausflügler. Vereine bitte um vorherige Meldung.
E. Schulze,

Nur noch 3 Tage!
Saison-Ausverkauf
viele Artikel herabgesetzt **40%**
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko
Die Firma hat keine Filialen!

Schuten
Damenhüte, schwarz, weiß, Chambray 0.95 an. **Migge**,
Schönhauser Allee 146a.
Alle Hüte werden zu Schuten gepreßt.
Spezialarzt
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sper. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.
Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. Juli 1914.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Volks-Theater. Durch fremde Schuld.
Anfang 5 Uhr.
Vasage-Theater. Kino-Parade.
Vordamer Naturtheater. All-Bohndam.
Anfang 7 Uhr.
Westen. Götterdämmerung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Hochfest der Jungfrau.
Schiller. J. Lannhäuser.
Berliner. Die einst im Mai.
Königsgrüner Straße. Nr. 24.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Theater an der Weidendammer Brücke.
Metropol. Die Reife um die Erde in 40 Tagen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Palast-Theater. Varietés und Lichtspiele.
Berliner Prater-Theater. Orig.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Hühner.
Theater am Hohenhofplatz.
Der Juxbaron.
Waldfra. Der Hund von Baskerville.
Folies Caprice. Amordragoner.
Bell Napoleon.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.
Leutnantsliebchen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichsh. Die verlorene Liebe.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Eines Hohenhof-Theater.
Das Piratent.

Theater des Westens.
7 Uhr: **Götterdämmerung.**
Freitag, Sonnabend, Sonntag: **Das Rheingold.**
Theater an d. Weidendammerbrücke
Liedertafel 8 Uhr, zum 133. Male, und 31. Juli zum letzten Male:
Theodor.
Schwan m. Gesangs- u. Tanzszenen.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Die relegierten Studenten.
Aufsp. in 4 Akte, von Denebig.
Freitag: **Der Silberkönig.**
— Auf der Gartenbühne.
Rund um die Erde. Or. Revue.
Kocher Konzert, Spezialitäten.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Lebwäucherin.
Das Amordragoner.
Das Bett Napoleons.
Ah — da Napoleon' ich.

Puhmanns Theater
Schönh. Allee 148. Kastanienallee 97/99
Unter neuer Leitung
der beliebten DIRECTION W. Herrmann.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum Schluß: Wo hast du dein Weib? Anfang 4 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Saharet
die australische Tanzdiva
Perzinas Kaufmanns
Pagelien Kaufmanns
Kabarett Truppe
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
Entreep. wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 19. Juli 1914, nachm. 3 1/2 Uhr,
in den Gesamträumen der „Berliner Bockbrauerei“, Fidinstraße 2:
Großes Volks-Fest.
Garten-Konzert, ausgeführt vom Berliner Tonkünstler-Orchester (Dirigent: Herr Kapellmeister Alfred Hirsch) ::
Lieder-Vorträge des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“ (Mitgl. d. A.-S.-B.), Dirigent: Herr Franz Bothe ::
Turnerische Aufführungen von Mitgl. des Turnvereins „Fichte“ :: Radfahrer-Aufführungen von Mitgl. d. Arb.-Radfahrerband „Solidarität“ :: Kinematograph :: Kinderspiele
Von 6 Uhr ab im Saale: **Großer Ball** (Tanzgebühr für Herren 50 Pf.)
Bei eintretender Dunkelheit: **Großer Kinder-Fackelzug.** Die Kinder erhalten am Eingang einen Bon zur Stocklaterne gratis.
Kinderspiele unter Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.
Die Kaffeeküche steht von 2 bis 6 Uhr nachmittags zur Verfügung (Lötter 75 Pf., 1/2 Liter 40 Pf.) 206/11
Vorverkauf-Billett **20 Pf.** (zu haben bei den bekannten Funktionären).
— An der Kasse 30 Pf. — Programm gratis. —
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Bildungsausschuß.

Friedrich-Wilhelmsst. Th.
8 1/2 Uhr tgl. d. Operettenspieler:
Leutnantsliebchen.

Theater am Hohenhofplatz 5.
8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 16. Juli 1914:
Elitetag!
Konzert und Vorstellung
sowie
Großes Brillant-Feuerwerk
mit
Sturm auf Durazzo.
Außerdem:
Oberbayern.
Bayrische Madels. Bayrische Kapellen.
Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Voigt-Theater
Badrstraße 58.
An jedem Donnerstag:
Gr. Kinderfest.
Durch fremde Schuld.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Gastsp. d. berühmten Dresdner
Viktoria-Sänger
neuer Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.
Sonderabend, 1. Aug.:
Hilberbeginnt
der Solist der
Stettiner Säger.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Zum Hochfest der Jungfrau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich
Gr. Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquad. 1 M. v. 4 Str., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Sommertheater Urania
Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.
Täglich erstklass. Varietévortrag
Im Garten 2000, im Saal 300 Sitzplätze
Sonntags: **Ball!**
Saal für Vereinsabende kostenlos.
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Berlins kühlerer Aufenthalt.
Abends 8 1/2 Uhr: „Im Tangoklub“
und „Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr
halbe Kassenspreise.

Passage-Panoptikum.
Lebend:
Die letzten weiblichen
Azteken!
AGA
die schwedische Jungfrau.
Buddhas Geisterstafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Gewerkschaftliches.

Staatlicher Unternehmerterror.

Ein am 11. Juni d. J. aus dem Betriebe der preussischen Staatseisenbahn entlassener Arbeiter erhielt auf das Verlangen, ihm ein Zeugnis über Führung und Leistung auszustellen, folgendes Zeugnis:

Vorstand des Königlichen Eisenbahn-Maschinenamtes 5. Berlin, den 26. Juni 1914.

Führungszeugnis.

Der F. H., geboren am 26. Oktober 1886 in Berlin, Kreis Berlin, ist vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 bei der Betriebswerkerei in Berlin-Wilhelmsruh als Maschinen- und Wagenputzer beschäftigt gewesen. Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend. Die Entlassung des v. H. erfolgt, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt. Ist. Verstoß gegen § 2 Abs. 1 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatseisenbahnverwaltung.

g73. Königl. Eisenbahn-Maschinenamt 5.

Der so gekennzeichnete Arbeiter trat am 1. September 1905 als Bahnunterhaltungsarbeiter in den Dienst der preussischen Staatseisenbahn, wurde später mehrere Jahre als Güterbodenarbeiter beschäftigt und wurde ab 1. Oktober 1913 Maschinenputzer. Er war also insgesamt und munterbrochen 8 Jahre 9 Monate und 11 Tage im Dienste der königlich preussischen Staatseisenbahn. Und nach dieser langen Dienstzeit schenkt ein Organ dieses Musterbetriebes nicht davor zurück, dem Arbeiter in das Entlassungszeugnis zu schreiben: „Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend.“ Wohl, das Führungszeugnis ist nur für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 ausgestellt. Aber weshalb wird dem Arbeiter nicht für die gesamte Dienstzeit die Führung und Leistung attestiert! Dann wäre es allerdings unmöglich, diese als nicht befriedigend zu bezeichnen, denn kein vernünftiger Mensch würde glauben, daß ein solches Zeugnis der Wahrheit entspräche. Ein Arbeiter, dessen Führung und Leistung unbefriedigend sind, wird weder in einem privaten Betriebe noch bei der preussischen Staatseisenbahn 8 bis 9 Jahre beschäftigt.

Der Arbeiter F. wurde deshalb entlassen, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt haben soll. Das Verbrechen bestand darin, daß er einer gewerkschaftlichen Organisation angehört und seine Kollegen zum Beitritt aufforderte. Einer der Aufgeforderten wurde zum Verräter. Weil F. von seinem Rechte Gebrauch machte, deshalb entzog ihm der Staat Arbeit und Verdienst und damit nicht genug, darf er sich auch noch das „Recht“ herausnehmen, den Entlassenen zu brandmarken. Unterjänden die Arbeiter der Gewerbeordnung, dann wären solche Zeugnisse bald unmöglich. So aber muß der Arbeiter das Unrecht über sich ergehen lassen, denn die ordentlichen Gerichte haben bisher in ähnlichen Fällen stets verurteilt. Dafür leben wir auch in einem Rechtsstaat!

Berlin und Umgegend.

Küftung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen im Restauranten-Richtershorn (Zsh. Jul. Red.) in Grünau sind zur beiderseitigen Zufriedenheit durch Tarifvertrag mit der Organisation geregelt. Die Sperre ist aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Zuspitzung der Verhältnisse in der Lausitz.

Die Lohnkommission der Ballerarbeiten Arbeiter erschien gestern vormittag bei Herrn Kommerzienrat A. Bellis und fragte, ob der Arbeitgeberverband zu einer weiteren Verhandlung und zur Entgegennahme neuer Vorschläge bereit sei. Darauf erklärte Herr Kommerzienrat A. Bellis, daß die Arbeitgeber den Arbeitern in

seiner Beziehung mehr entgegenkommen könnten, sondern bis an die äußerste Grenze gegangen seien. (Sie haben nämlich für alle Arbeiter eine Lohnzulage von insgesamt 6 Mark pro Woche zugestanden! Red. d. „Vorw.“) Sollte die Lohnkommission aber trotzdem den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu sprechen wünschen, so sei dieser selbstverständlich, wie immer, bereit, die Kommission anzuhören.

Darauf ging nachmittags notgedrungen folgender Bescheid von der Lohnkommission ein:

Nach der Aussprache, die die Mitglieder der Lohnkommission der Ballerarbeiten heute morgen mit Ihnen hatten, und bei der sie erklärten, daß auf ein Entgegenkommen in der Lohnfrage durchaus nicht zu rechnen sei, hat die Kommission kein Gewicht darauf gelegt, andere Fragen jetzt mit den Herren Arbeitgebern zu besprechen.

Es ist also kein Zweifel, daß die Unternehmer den Kiefen-kampf um einer Differenz von Pfennigen willen vom Zaune brechen wollen!

Die Rache der Scharfmacher.

Ein nettes Stückchen vom Kampf der Unternehmerverbände gegen Arbeiter, die nicht nach ihrer Pseife tanzen wollen, ist wieder einmal ans Licht gekommen. — Bei der vorjährigen Aussperrung im Malergewerbe einigen sich nach kurzem Kampfe die hannoverschen Arbeitgeber mit ihren Gehilfen und hoben, die Priviolität der von ihnen führenden inszenierten Maßnahmen erlenkend, die Aussperrung auf. Auf dem dann folgenden Hauptverbandstage des Unternehmerverbandes und bei mehreren anderen Gelegenheiten wurde ihnen darum derart zugesagt, daß sie es vorzogen, aus ihrer Organisation auszuscheiden.

Um sie wieder gefügig zu machen, ging man nun dieses Frühjahr aufs Ganze. Es erschienen plötzlich im „Hannoverschen Anzeiger“ Annoncen folgenden Inhalts: „500 Malergesellen erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei einem Tariflohn von 73 Pf. (ab 1. Juli 75 Pf.) in Hamburg und Umgegend durch den Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft, Hamburg, Hühnerposten.“

Da in Hannover damals, Anfang Mai, selbst Gehilfenmangel herrschte und der städtische Arbeitsnachweis, der in Hannover die Arbeitsvermittlung für das Malergewerbe offiziell betreibt, die offenen Stellen nicht sämtlich besetzen konnte, war dieser nicht wenig erstaunt, wie ihm ein anderer gemeinnütziger Radweiser so in die Hände fahren und Hannover unter dem Hinweis auf höhere Löhne und dauernde Arbeit, die es im Malergewerbe niemals gibt, von Arbeitskräften noch mehr entblößen konnte. Darum schrieb der städtische Radweiser von Hannover an die Patriotische Gesellschaft nach Hamburg und bat, in Zukunft anders zu verfahren; denn durch die erwähnten Anpreisungen würde hier eine Stadt, wo selbst noch hundert Gehilfen gebraucht würden, geschädigt. — Dieses Vorgehen löste außer einem Entschuldigungsschreiben des Radweisers der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg, eine Antwort des Arbeitgeberverbandes — Gewerbeverwaltung Hamburg — aus, durch die sich zeigte, daß der Veranstalter der auffälligen Annoncen gar nicht die Patriotische Gesellschaft, sondern eben dieser Arbeitgeberverband war.

In dem erwähnten, an den städtischen Radweiser gerichteten Schreiben hieß es:

„Es wird uns mitgeteilt, daß der verehrliche städtische Arbeitsnachweis Anstoß daran genommen hat, daß von hier aus in Hannover Malergesellen unter Angabe der hierorts tariflichen Löhne gesucht werden. — Wir gestatten uns, Ihnen dazu ergebenst mitzuteilen, daß hier in den verflochtenen Wochen großer Mangel an Gehilfen herrscht, und da wir aus Rücksicht auf die Meister, die unserem Verbands in allen Städten Norddeutschlands angehören, nichts unternehmen, um anderweitig Arbeitskräfte herbeizuziehen, blieb uns nur der Pfah Hannover hierzu übrig, weil die dortigen Arbeitgeber im Malergewerbe die einzigen in Norddeutschland sind, die unserem Verbands fernstehen, und wir daher zu seiner besonderen Rücksichtnahme auf sie gezwungen sind. — Mit dem Erfolge waren wir leidlich zufrieden, und wenn nach Pfingsten die Arbeitsverhältnisse hier zurückgeht, wird von selbst auch wieder die Abwanderung nach dort erfolgen.“

In diesem Schreiben wird ganz ähnlich hervorgehoben, daß der Arbeitgeberverband unter dem Deckmantel des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft aus Rache dafür, daß die Hannover-

schen Meister — wie viele andere — dem Arbeitgeberverband den Rücken gekehrt haben, jenen die Arbeitskräfte künstlich entzogen, also Hannover gesperrt und Hamburg zum Schaden der dortigen Gehilfen mit Arbeitskräften überdeckt hatten. Dabei wurden die Gehilfen auch noch durch den Schwindel dupiert, daß es sich um dauernde Arbeit handle; denn der Scharfmacherverband erklärt, selbst in dem erwähnten Schreiben, daß nach Abwanderung die Arbeitsverhältnisse wieder zurückgehen und somit die Abwanderung wieder erfolge.

Zum Kampf in der Solinger Waffenbranche.

Die vor einigen Tagen zwischen den streikenden Parteien eingeleiteten Verhandlungen können als endgültig gescheitert betrachtet werden. Die Scharfmacher lehnen es ab, die vor dem Streik in der Waffenbranche bestehenden Verträge, die von der Firma Eckhorn gebrochen wurden, wieder in Kraft zu setzen. Die Waffenarbeiter werden auch nach jetzt drohendem Kampfe von ihren Forderungen nicht zurückgeben. Bis jetzt hat sich noch kein einziger Streikbrecher gefunden, was wohl darin begründet sein dürfte, daß Hingegarbisten und Herberkolonnen den Waffenfabrikanten nichts nützen, von der Verantwortung dieser „nützlichen“ Elemente also Abstand genommen werden mußte. Dabei drängt die Arbeit immer mehr und die Fabrikanten wissen nicht ein noch aus.

Nun beruhen die Scharfmacher aufs Ganze zu gehen und an der Solinger Arbeiterkraft einen Generalablauf vorzunehmen. In einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes, an der auch die Waffenfabrikanten und Gießereibetriebe teilnahmen, wurde beschlossen, eine Generalaussperrung aller in der Solinger Schmiedwarenindustrie beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wenn die Waffenarbeiter bis spätestens 15. Juli nicht zu Kreuzen getreten sind. Der Vorstand des Solinger Fabrikantenvereins soll schon beschließen haben, die Aussperrung allen seinen Mitgliedern zu empfehlen. Die Scharfmacher sind bereits dabei, durch Sperrung der sogenannten „schwarzen Ware“ alle Fabrikanten der Weiterverarbeitungsbranchen zum Mitmachen zu zwingen. Das ist natürlich kein Terrorismus. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Dr. Hornung, fuhr in den letzten Tagen in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der Schlägereibetriebe per Auto von Schlägerei zu Schlägerei und ließ sich von allen Schlägereibetrieben die schriftliche Erklärung geben, an der Aussperrung teilzunehmen. Kommt es in den Schlägerei- und Gießereibetrieben zu einer vollständigen Einstellung der Produktion, so dürften über kurz oder lang alle Betriebe der übrigen Branchen stillliegen. Durch diesen Scharfmacherterror würden ungefähr 20 000 Arbeiter betroffen werden.

Daß es soweit kommen wird, ist zunächst noch fraglich. Durch eine allgemeine Aussperrung würden die Solinger Fabrikanten, die noch in den letzten Monaten neue Verträge mit vierteljährlicher Kündigung (gesamte Scheren- und Federmesserbranche usw.) abgeschlossen haben, kontraktbrüchig. Ob diese Fabrikanten, die das allergrößte Interesse an dem Fortbestand der für sie sehr günstigen Verträge haben, zur Aussperrung schreiben und ob alle Schlägerei- oder Gießereibetriebe sich dem Terror des Arbeitgeberverbandes fügen werden, bleibt abzuwarten. Kommt es soweit, dann wird das machtungsträge Unternehmertum die gesamte Arbeiterschaft allein und geschlossen gegen sich haben. Die Arbeiter in der Waffenbranche werden sich nach drohendem belienmütigen Kampfe durch keine Drohung einschüchtern lassen und sind gewillt, solange zu kämpfen, bis ihre Forderungen anerkannt sind.

Der Umzug durch die Instanzen.

In Radesbuth i. Schl. erhielt das Gewerkschaftslokale vom Magistrat die Erlaubnis, einen Festzug außerhalb um die Stadt herum zu veranstalten. Dagegen protestierte das Komitee beim Kreisaußenrat, der nun den Festzug ganz verbot. Auf die weitere Beschränkung beim Regierungspräsidenten in Breslau kam von dort der Bescheid, daß der Festzug innerhalb der Stadt genehmigt sei. Jedenfalls ein für Schlesien sehr seltenes Instanzenzug.

Aussperrung der Bremer Stauerarbeiter. In Bremen ist es wegen des neuen für die Hafenbetriebe gültigen Tariffs zwischen den Unternehmern und den auf Holzschiffen beschäftigten Stauern zu Differenzen gekommen. Nach dem bisherigen Tarif für die Hafenarbeiter sollte die Stunde von 6—7 Uhr morgens als Nachtstunde mit 1,80 M. bezahlt werden. Dem neuen Angebot der Unternehmer zufolge sollen die Arbeiter diese Arbeitszeit nicht

Kleines Feuilleton.

Der „Vater des deutschen Dramas“. Vor 250 Jahren, am 18. Juli 1664, starb in Glogau (Niederschlesien) der bedeutendste deutsche Dichter seiner Zeit Andreas Gryphius, der dort als Syndikus der Landstände des Glogauer Fürstentums gewirkt hatte, im Alter von 48 Jahren. Die böse Zeit des Dreißigjährigen Krieges mit ihren schlimmen Nachwirkungen, der Verelendung und Verarmung, war den Rufsen in Deutschland nicht günstig; es bedient bedwegen umfomehr Beachtung, daß sich gerade in einer Gegend, die mit am schwersten von den Schreden des Krieges heimgegriffen worden war, ein Dichter von der Ursprünglichkeit und der Tiefe entwickeln konnte, wie es Andreas Gryphius gewesen ist. Der Dichter war der Sohn des dortigen Pastors Greif, der dem Brauch der damaligen Zeit folgend seinen Familiennamen als Gryphius und Lateinische überfetzt hatte. Andreas Gryphius gelangte schon in jungen Jahren in den Hof einer außerordentlichen Gelehrsamkeit; er schlug mehrere Verfassungen an die Universitäten Heidelberg, Jpsala usw. aus, um in seiner Heimat seinen dichterischen Reigungen und seinem Amte zu leben. Neben einer großen Zahl von Gedichten dichtete er mehrere historische Trauerspiele zum Teil recht grausigen Inhalts, die mit Recht heute vergessen sind. Dagegen haben sich einige seiner Prosalustspiele, wie „Horribilicribrifax“, „Peter Squenz“ und „Die geübte Dorurose“ bis zum heutigen Tage noch manches von ihrer ursprünglichen Frische bewahrt. Einige dieser Stücke gelangen noch hier und da gelegentlich zur Aufführung. Gryphius ist der erste deutsche Dichter gewesen, der sich mit Erfolg auf dem Gebiete des Prosalustspiels versucht hat, und man hat ihn daher mit einigem Recht den „Vater des deutschen Dramas“ genannt. Man plant in seiner Vaterstadt Glogau, der er bis zu seinem Lebensende treu geblieben ist, den Bau eines „Gryphius-Theaters“, dessen Grundsteinlegung am 300-jährigen Geburtstag des Dichters, dem 2. Oktober 1916, erfolgen soll.

Eine Steuer auf Reinlichkeit. Frömmigkeit und Reinlichkeit sind feindliche Schwestern. Der Fromme stellt die Reinheit der Seele über die Reinheit des Körpers. Waden und gründliches Waschen sind Werte der Eitelkeit und fördern die Fleischlust. Das kann so weit gehen, daß Heilige, wie z. B. die heilige Theresia, in einen derartigen Geruch der Frömmigkeit kommen, daß es kein Mensch mit unvorstellbarem Geruchssinn in der Nähe solcher Heiligen aushalten kann. Nun die Heiligen sind zumeist sonderbare Heilige. Daß aber in Deutschland im 20. Jahrhundert sich eine Gemeindevertretung findet, die auf die Reinlichkeit eine Steuer legt, wer hätte das gedacht! Aber es ist so. Oberkaufungen bei Kassel, bekannt durch seine Kaiserpalast, wo einst die fromme Kaiserin Kuniunde ihr Leben im Kloster beschloß, deren Geist, scheint es, noch immer über den Mauern des Dries und über seiner Gemeindevertretung schwebt, hat den Beschluß gefaßt, jede Babewanne und jedes Wasserloset mit einer Steuer von zehn Mark pro Jahr zu belegen. Diese Steuer ist nicht nur das Unikum aller Steuern — sie wird Oberkaufungen gewiß auch in einen ganz besonderen Geruch bringen.

Das Schicksal des Monuments der Arbeit. Man schreibt uns aus Brüssel: Reuniers gewaltigste Schöpfung, sein „Monument der Arbeit“ wartet — ein Opfer ministerieller Völligkeit und des Bureokratismus — noch immer auf eine öffentliche Aufstellung. (Das Werk ist seinerzeit bekanntlich vom belgischen Staat angekauft worden.)

Wie es scheint, soll nun aber endlich Leben in den Gang der Verhandlungen und endlosen Vorarbeiten kommen. Die Akademie der schönen Künste, die sich mit der Frage befaßt hat, veröffentlicht eine Art Gutachten mit einem dringenden Appell an den Kunstminister, das Denkmal endlich aus seinem Gefängnis im Museum zu befreien. Danach soll das Monument, das vier Plasterreliefs und 5 Statuen umfaßt, in Halbkreisform aufgestellt werden, welche Form auch Reunier in seinen schon hinterlassenen Plänen gewählt hat. Auch Van de Velde in Weimar und Urban in Wien haben gleichfalls Aufstellungen in Halbkreisform vorgeschlagen.

Obgleich auch andere Städte das Monument beanspruchen, kommt doch nur Brüssel in Betracht, wo der Künstler geboren wurde, gewirkt hat und gestorben ist. Was den Platz betrifft, liegen die verschiedenen Pläne vor. Man hat an den Platz vor dem „Bois“ gedacht, wo die mächtige Baumlandschaft gewiß einen schönen Hintergrund böte. Indes ist die Idee, ausgerechnet ein Monument der Arbeit im Autotribel der eleganten Nichtstuer tagtäglich umraufen zu lassen, nicht gerade glücklich zu nennen. — Ein anderes Projekt, wonach das Werk im Umkreis der Hafenanlagen, mitten im brodelnden Arbeiterviertel, aufgestellt werden soll unter denselben Typen, die Reunier verlorpört hat, scheint wenig Aussicht zu haben. Genosse Camille Duhmans hat nun in seiner Eigenschaft als Deputierter der Stadt Brüssel dem Minister den Vorschlag unterbreitet, Reuniers Werk solle vor der zu errichtenden Hochschule der Arbeit, die ein grandioses Musterinstitut gewerblicher Fachschulen zu werden verspricht, aufgestellt werden. Ein Monument der Arbeit vor einer Straße, wo die Arbeit gelehrt wird — es läßt sich kaum ein besserer Platz finden. Denn vor dem Volkshaus dürfte das Denkmal doch kaum aufgestellt werden.

Die Zeitungswelt des Londoner Ghettos. Nach New York ist London wohl die größte jüdische Stadt der Welt. Von der Zahl der hier lebenden Israeliten kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß London vier jüdische Tageszeitungen, d. h. Zeitungen besitzt, die in jiddischer Sprache, dem internationalen jüdischen Idiom, gedruckt werden. Die jüngste dieser Zeitungen ist erst ungefähr 14 Tage alt. Sie ist ein Abendblatt und hat sich bereits gut eingeführt. Die älteste jüdische Zeitung Londons ist der „Daily Jewish Express“, die eine Auflage von 5000 Exemplaren hat. Die größte Auflage nimmt das „Jüdische Journal“ für sich in Anspruch, das seit ungefähr acht Jahren besteht. Diese beiden Blätter beherrschen bis vor einem halben Jahr die öffentliche Meinung vollständig. Da brachte ein unternehmender rumänischer Jude die „Jüdischen Times“ heraus, die nachsichtigen, und er ist es auch, der jetzt in den „Jüdischen Abendnachrichten“ das erste Abendblatt in jiddischer Sprache geschaffen hat. Ferner gibt es noch eine jiddische

Wochenzeitung, die den Titel führt: „Der Arbeiterfreund“. Sie ist, wie sie in ihrem Untertitel angibt, ein anarchisches Blatt. Die Zeitungen sind völlig in jiddischer Sprache geschrieben und nur in dem Annoncenteil findet sich ab und zu ein englisches Wort.

Humor und Satire.

Labiau-Behlau.

(Zum 16. Juli.)

Und wieder kommt in Reinkultur Ihr die ostelbische Natur: Die hat am Murr im Ranzen! Die hat am Vauh noch das Schweinesped Und weiß doch: wie und was der Pwed Und läßt die Puppen tanzen.

Die Koppf den Spund und dreht den Dahn: Heran, geliebte Unterthan, Laß dich nicht irritieren! Hier: Schnaps und Bier auf deinen Tisch! Schmeiß weg den roten Deubelstisch, Und laß uns einen schmieren!

Prost! Was denn „Herr“ und was denn „Knecht.“ Sind wir nicht alle ein Geschlecht: Ob Herrschaft oder Leute? Prost! Wieder mit der roten Brut! Ree, Kinder, was bin ich euch gut! Und ganz besonders heute.

Ja, seht hier den Familienfuss! Der liegt seit grauen Zeiten drin. Erinnert euch der Fabel Vom biblischen Geißwischlerpaar, Das sich so gut und teuer war: Von Rain und von Abel.

Etc.

Notizen.

— Die Dreiklassenvertretung der Studenten-schaft, in der ganz nach dem Muster des preussischen P... P... Parlaments sich die Korporationen das Uebergewicht gesichert haben, ist von den Nichtinkorporierten Studenten der Berliner Universität in den V. erklärt worden. Der ulente Studentenausschuß, in der eine Minorität die überwiegende Majorität regieren will, kann natürlich keinen Anspruch darauf erheben, als Vertretung der Studentenschaft zu gelten. Die Nichtinkorporierten, die ja bereits ausgetreten sind, wollten bereits eine Protestversammlung einberufen — aber Väterchen Rektor erlaubt vor der Hand nicht.

— Amundens Nordpolarexpedition ist jetzt durch eine Bewilligung des norwegischen Storting (im Betrage von 200 000 Kronen) gesichert und dürfte nächstes Jahr begonnen werden. Sie wird bekanntlich wissenschaftlichen Zwecken im großen Maßstabe dienen.

mehr als Nacharbeit bezahlt erhalten, dafür wurde ihnen jetzt für die Zeit von 5-6 Uhr nachmittags ein Lohn von 1,20 M. zu gestanden. Das würde für die auf den Holzdampern beschäftigten Arbeiter einen Lohnausfall von 60 Pf. pro Tag ausmachen. Die Stauerarbeiter lehnten dieses Angebot ab und begannen mit der Arbeit erst um 7 Uhr anstatt um 6 Uhr morgens. Darauf antworteten die Unternehmer mit der Aussperrung. Die Holzplattarbeiter beschloßen, kein Holz in Empfang zu nehmen, das von Schiffsmannschaften oder Streikbrechern aus Land gebracht wird.

Lohnbewegung der Bremer Staatsarbeiter.

Die in bremischen Staats- und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter haben bei den Behörden beantragt, alle Löhne um 50 Pf. pro Tag zu erhöhen und die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden zu verkürzen. In der Begründung dieser Anträge wird darauf hingewiesen, daß seit der letzten Lohnzulage im Jahre 1911 in der Stadt Bremen die Lebensmittelpreise für eine vierköpfige Familie von 24,08 M. pro Woche auf 28,54 M. gestiegen sind und daß die Gesamtbeschäftigung einer Familie einschließlich Miete und Steuern circa 150 M. pro Jahr beträgt. In einigen städtischen Betrieben ist die neunstündige Arbeitszeit bereits eingeführt worden. Das veranlaßte die Bürgerschaft zu einem Beschluß, wonach der bremische Senat ersucht wurde, darüber zu berichten, ob nicht im Jahre 1913 für alle städtischen Arbeiter der neunstündigen Arbeitszeit eingeführt werden könne. Es muß dem Senat entgangen sein, daß wir bereits 1914 schreiben, denn die Bürgerschaft wartet noch immer auf den Bericht.

Ausland.

Blutige Arbeit der Gendarmen im Haag.

Der Haager Straßenbahnstreik hat gestern abend zu ziemlich ernstlichen Krawallen geführt, an denen aber die Streikenden, die gerade eine geschlossene Versammlung abhielten, soweit sie nicht Streikposten standen, nicht beteiligt waren. Die Krawalle wurden hervorgerufen von der Gendarmrie und der Meichspolizei aus kulturell niedrigen Landesteilen, die der Bürgermeisterei unklugerweise herbeigerufen hatte. Während die städtische Polizei gemäßig und vernünftig auftrat, provozierte die berittene Gendarmrie das mit dem Streik sympathisierende Publikum, indem sie bei der geringsten Veranlassung in roher Weise zu hauen anfing. Zahlreiche Personen sind somit von dem Polizeifäßel verwundet worden. Daß es auch anders gegangen wäre, bewies durch die Tat unser Genosse Stadtverordneter Goenbos, der im Automobil die Stadt durchfuhr und überall mit wenigen eindringlichen Worten die Massen dazu brachte, im Interesse der Streikenden ruhig ihres Weges zu gehen und sich keine Ausschreitungen zuschulden kommen zu lassen. Das mußte Krawallen der Gendarmrie hat in der Stadt eine große Erbitterung hervorgerufen.

Nachträglich wird noch aus Haag berichtet, daß die Straßenbahndirektion den Verkehr gestoppt hat, keine Wagen mehr laufen zu lassen und somit auch den städtischen Dienst, den die bisher mit den streikenden deutschen Streikbrechern, die einige Arbeitsroutine besaßen, unterhielt, einzustellen. Die Streikbrecher waren also wohl nicht zu verwenden und die feindselige Haltung des Publikums tat das übrige. Die Streikbrecher waren angeführt von einem gewissen Ludwig Emil Knott, der jetzt in Amsterdam eine Streikbrecheragentur betreibt, nachdem er aus Hamburg, wo er früher das faubere Handwerk ausübte, hat flüchten müssen. Er wurde dort wegen Betrugs in drei Fällen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt und wird vom Hamburger Staatsanwalt schließlich verfolgt. Die Haager Patrizier, die sich mit diesem Herrn einlassen, müssen sich wohl in großer Verlegenheit befinden haben.

Soziales.

Aus dem Innungsgerichtsgericht.

1. Klatsch als Entlassungsgrund.

Wegen die Firma Werth richtete sich in der letzten Sitzung des Innungsgerichts die Klage eines Abteilungsleiters auf Zahlung von 50 M. Entschädigung wegen freifloher Entlassung. Mit dem Kläger war eine vierzehntägige Kündigung vereinbart. Er hatte den Sicherungsbau zu leiten und die Arbeiten zu revidieren. Ihm wurde vorgeworfen, den Werkführer gröblich beleidigt zu haben. Der Beweis mißlang. Der Beklagte wollte den Kläger infolge des Klatsches entlassen, sah aber im Hinblick auf den Kontrakt davon ab. Er mußte ihm jedoch zu untergeordneten Arbeiten zu verrichten. Das lehnte der Kläger ab. Das Gericht verurteilte die beklagte Firma dem Klageanspruch gemäß. Begründend führte der Vorsitzende aus: Auf Grund unbewiesenen Klatsches durfte nicht in der Weise gegen einen Angestellten in leitender Stellung vorgegangen werden.

2. Der Tag als Lohninheit.

Ein Werkzeugmacher der Firma Soog u. Dubrich war wiederholt in längeren Zwischenräumen bei der Unterhaltung mit einem Kollegen betroffen und verwirrt worden. Eines Tages, etwa 10 Minuten nach Arbeitsbeginn, hatte er abermals ein Gespräch mit einem Kollegen, wurde von einem der Inhaber dabei ertwischt und sofort entlassen. Er forderte nun Bezahlung für den Entlassungstag und Ausdehnung des Zeugnisses auf Führung und Leistung. Das Gericht erkannte in seinem Schiedsspruch nur den letzteren Anspruch an und wies den ersteren ab. Darin ging der Spruch fehl. Nach fast stündiger Rechtsprechung sämtlicher Gerichte muß auch bei Kündigungsausschluß der angefangene Tag voll bezahlt werden, weil der Tag eine Lohninheit bildet.

Bei Kshinger.

Eine heute vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelte Privatbeleidigungsklage lieferte den Beweis, daß gewisse Arbeitgeber noch immer der Ansicht sind, die in ihren Diensten stehenden Arbeiter sind ihre Lohnsklaven, denen sie alles bieten können. Auf den Tatbestand hatten wir bereits anlässlich einer Gewerbegerichts-Klage hingewiesen. Drei Dienstmädchen waren seit vielen Jahren bei der Firma Kshinger als sogenannte Kaminmädchen in Arbeit. Vor einiger Zeit wurde den Mädchen von dem Geschäftsführer Wilhelm Wegener eine Arbeit aufgetragen, die in keiner Weise zu ihren Obliegenheiten gehörte. Als die Mädchen sich weigerten, diese Arbeit zu verrichten, geriet Wegener in großen Zorn und sagte:

„Ihr seid alles drecksige Weiber, verfluchte saule Mißwiederer, Dreckschweine und alte Kamele.“

Der Gastwirtsgehilfenverband, dem die Mädchen als Mitglieder angehören, beantragte die Anstrengung der Privatbeleidigungsklage gegen Wegener. In der unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Karwinkel stattgefundenen Schöffengerichts-Sitzung gab Wegener folgende Erklärung ab:

„Ich bedaure, daß ich mich in der Erregung zu der inkriminierten Äußerung habe hinreichend lassen. Ich bitte die Klägerinnen um Entschuldigung und verpflichte mich, sämtliche gerichtliche und außergerichtliche Kosten, einschließlich der den Klägerinnen etwa erwachsenen Rechtsanwaltskosten, zu bezahlen.“

Darauf zogen die Klägerinnen auf Anraten ihres Rechtsbeistandes die Klage zurück. Es erfolgte infolgedessen die Einstellung des Verfahrens.

Versammlungen.

Der Kampf gegen den Militarismus lautete das in unserem heutigen Militärstaat jederzeit aktuelle Thema einer öffentlichen Versammlung in den „Pharus-Sälen“. Ledebour und

Referent wußte mit seinen trefflichen Ausführungen die Versammlung zu fesseln und mitzureißen, wie aus den vielfachen stürmischen Zustimmungsaussagen zu erkennen war. Seine Worte, mit dem gewohnten erfrischenden Sarkasmus gewürzt, beantworteten vor allen Dingen die Frage, weshalb wie der Militarismus in seiner heutigen Form bekämpft. Besonders scharf ging er mit den Soldatenschindern ins Gericht und zeichnete aus die Verantwortlichen des heutigen Systems. Seine Darlegungen klangen aus in der Aufforderung zu energischem, rücksichtslosem Kampfe gegen den Militarismus und die dem System entspringenden schmerzlichen Auswüchse.

In der anschließenden Aussprache wurde noch manches treffende Wort gesprochen. Mit einem flammenden Ausruf, namentlich in der Erziehung der heranwachsenden proletarischen Jugend mit Nachdruck unsere Auffassung zur Geltung zu bringen, schloß der Leiter der Versammlung, Petersdorf, die wichtige Veranstaltung.

Trotz der enormen Hitze hatten sich gewaltige Mengen eingefunden. Aber nur ein Bruchteil fand Zutritt. Die Polizei sperrte in rührender Rücksichtlichkeit den Saal so zeitig ab, daß noch ein paar hundert Besucher hätten Platz finden können. Der Hitze wegen wurde gelacht. Mit Recht geistelten Ledebour sowohl wie auch der Versammlungsleiter diese übertriebene polizeiliche Beforgnis. Zutreffend führte namentlich der letztere aus, daß solcher Eifer wohl besser am Plage sei bei jenen Unternehmern, die ohne Rücksicht auf die Hitze 10 und 12 Stunden schwer schuften lassen. Oder bei soldatischen Übungen, möchten wir hinzufügen.

Gerichtszeitung.

Zum Nachdrucksrecht der Zeitungen.

In München scheint die Hitze sehr arg zu sein.

Am 5. Mai berichteten wir unter dieser Überschrift über einen Prozeß gegen die „Pipp. Landesztg.“ in Detmold. Der Redakteur hatte drei Notizen, die ohne Kennzeichnung ihres Urhebers, ohne Chiffre oder dergl. in einer anderen Zeitung gelesen hatte und nur für Nachrichten tatsächlichen Inhalts hielt, abgedruckt. Darauf war gegen ihn Strafantrag von Dr. Schönthal in München, dem Inhaber der „Tägl. Korrespondenz“, gestellt. Das Gericht verurteilte ihn unter moralischer Verurteilung des Vorgehens des Strafantragstellers zu der geringsten Strafe von drei Mark. Wir wenden uns in diesem wie in Fällen ähnlicher Art, in denen Schriftsteller wegen solcher Notizen Strafantrag gestellt hatten, gegen die Strafvorschrift des Urheberrechtsgesetzes, die nachgerade zu einem Erpressungsmittel geworden sei.

Dr. Schönthal beehrte uns darauf mit mehreren Zuschriften, in denen er sich gegen unseren Bericht wendete. Er vertritt gleichfalls nicht die Ansicht, daß man stets zum Radi laufen solle, aber in dem Detmolder Fall hätten besondere Umstände für sein Vorgehen vorgelegen. Auf die Zuschriften gingen wir nicht ein; an der Tatsache änderte ihr Inhalt nichts, daß der Schriftsteller seine Notizen nicht als sein Eigentum kennzeichnen ließ und dennoch Strafantrag gegen den ahnungslosen Redakteur stellte, weil die Redaktion den von ihm verlangten Betrag nicht zahlte. Jetzt beehrt uns Dr. Schönthal abermals mit zwei längeren Zuschriften. Die eine wimmelt von Zusätzen und enthält die Mitteilungen, 1. daß er und andere ungenannte Schriftsteller „in keinem Falle in der Lage sind“, und „wegen mehrerer Nachdrucke“ Strafantrag gestellt sei. Wir sehen den angedrohten Liebeswürdigkeiten mit Seelenruhe entgegen.

Es handelt sich um folgendes. § 18 des Urheberrechtsgesetzes erklärt den Abdruck von Ausarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts für unzulässig, fährt aber dann fort: „Vernichtete Nachrichten tatsächlichen Inhalts und Tagesneuigkeiten dürfen aus Zeitungen und Zeitschriften stets abgedruckt werden.“ Nun haben Gerichte angenommen, auch „Nachrichten tatsächlichen Inhalts“ können durch ihre Form „unterhalten“ sein, sie seien dann als „Ausarbeitungen unterhaltenden Inhalts“ anzusehen. Wo da die Grenze zu ziehen ist, ist im Einzelfall schwer zu unterscheiden. Eine Reihe Schriftsteller diffamierten ihre Notizen; dann weiß jeder Redakteur: ohne Zustimmung des Autors darf das in dieser Form nicht nachgedruckt werden. Andere unterlassen die Signierung, wie Dr. Schönthal, und verlangen dann von der Redaktion Zahlung für die Nachricht z. B., daß ein Mann die Vögel halten in seiner Hofe durch eine Chauffeurwalze hineingeführt habe. Die Redakteure zahlen dann in der Regel — wie stets — den üblichen Satz für solche Nachrichten, ohne damit etwa anzuerkennen, daß eine gegen Nachdruck geschützte Notiz vorliege. Es liegt auf der Hand, daß es durchaus zu verurteilen ist, wenn ein Schriftsteller in solchen Fällen, auch in denen, in denen etwa seine Zahlung erfolgt, statt eine Klage auf Zahlung anzustellen, Strafantrag stellt. Dr. Schönthal droht damit. Uns kann's recht sein, nur soll er dann die von ihm verwendeten Nachrichten als von ihm herrührend kennzeichnen, gleichviel, ob sie eine Vögelhaute, oder einen „toten Papagei auf der Eisenbahn“ oder sonstige Ereignisse behandeln. Sonst könnte er wegen Verleitung zum Nachdruck mal hineinfallen.

Mit demselben Brief, in dem Dr. Schönthal uns anknüpfte, er gestatte uns seinen Nachdruck seiner Artikel, sendet er uns eine „Ausarbeitung unterhaltenden Inhalts“ zu, deren Abdruck er auf Grund des § 11 des Pressegesetzes verlangt. Das ist denn doch des Guten zu viel. Wir lehnen dies Ansuchen ab und hoffen, die Hitze wird in München bald nachlassen.

Schwere Mißhandlungen eines Stiefkindes

wurden einer Frau Ida Wolf, geborenen Bessach, zur Last gelegt. Im Mai d. J. verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte sie zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten und beschloß auch sofortige Verhaftung. Wegen dieses Urteils legte die Angeklagte Berufung ein, und sie erwartete nun vom Landgericht Berlin I (Strassenstr. 7) gestern ihre Freisprechung. Sie beteuerte, sich keiner Mißhandlung schuldig gemacht zu haben und behauptete sogar, daß sie „Kinder sehr gern habe“.

Die Beweisführung, in der wieder eine große Zahl Zeugen vernommen wurden, ergab das seltsame Bild wie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht. Nach der Darstellung der Zeugen hatte Frau Wolf in der Zeit von Ende 1912 bis Anfang 1914 ihr jetzt achtjähriges Stiefkind Dora fortgesetzt schwer mißhandelt. Oft hörte man Dora jämmerlich schreien und immer wieder sah man sie mit deutlichen Spuren makabrer Mißhandlungen. Leute, die das arg verärgerte Kind fragten, woher es denn die blauen Flecke und die Anschwellungen im Gesicht haben, bekamen zur Antwort: „Ich darf es nicht sagen“. Stundenlang stand die Kleine, manchmal in bitterer Winterkälte, vor der Korridorstr., weil sie nicht wagt, durch stärkeres Klopfen sich bemerkbar zu machen.

Schon im Jahre 1911 war wegen Mißhandlungsverdachts eine Anzeige eingereicht worden, doch verließ damals die Sache im Sande. Als später die Kinderstaatskommission von erneueter Mißhandlungsverdacht erfuhr, griff sie ein und stellte Spuren offensichtlicher Mißhandlungen fest. Auch eine andere Vereinigung für Kinderchutz erhielt Kenntnis von diesen Dingen, und es kam dann zu einer Strafverfolgung der Frau Wolf. Vor Gericht schiederten ein Kontrolleur der Kinderstaatskommission und eine Helferin den erschütternden Befund, den eine Befragung des Kindes ergeben hatte. Die Befragungen eines Kriminalbeamten, der nach Eingang der Anzeige die notwendigen Ermittlungen vorgenommen hatte, lauteten noch schlimmer. An dem Körper des Kindes hatten sich Stricmen, blaue Flecke, verschorfte Wunden und Narben vorgefunden, von denen die Zeugen sagten, daß sie nur von Schlägen und Stößen herrühren konnten. Ein Schwager der Angeklagten, der Bruder des Ehemanns Wolf, bekundete, daß auch ihm Mißhandlungsspuren aufgefallen waren. Dem Ehemann Wolf, der zu schwach war, seine Frau von den Mißhandlungen zurückzuhalten,

hat inwieweit das Vormundschaftsgericht das Kind abgenommen. Das Kind befindet sich jetzt im Waisenhaus zu Rummelsburg.

Der Verteidiger sah den Sachverhalt als nicht hinreichend aufgeklärt an und beantragte die Strafe als mindestens zu hoch. Nicht Mißhandlungen, sondern Mißhandlungen liegen hier vor. Personen, die einer Organisation für Kinderchutz angehören, seien rasch geneigt, Mißhandlungen zu vermuten. Der Staatsanwalt beantragte, die Verurteilung zu verwerfen, weil die Beweisführung hier nichts anderes als vor dem Schöffengericht ergeben habe. Das Gericht urteilte diesem Antrag entsprechend. Es sah schwere Mißhandlungen als erwiesen an und hielt bei der langen Dauer dieses Treibens die Strafe von 9 Monaten Gefängnis für angemessen.

Der Antrag, die Angeklagte bis auf weiteres aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt, weil Mißhandlungsverdacht vorliegt.

Der vergebliche Ruf nach dem Schutzmänn.

Die Tatsache, daß hilflose Personen auf Postkutschern einfach mit dem lakonischen Bescheid: „Es ist kein Schutzmänn da!“ wieder weggeschickt werden, kam wieder einmal in einer Verhandlung zur Sprache, welche die erste Ferienstrassenkammer des Landgerichts I beschästigte.

Wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs war der Monteur Wilhelm Brock angeklagt. Das Schöffengericht hatte B. und den Schloßer Karl Beille zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Während letzterer sich bei dem Urteil beruhigte, legte Brock Berufung ein. Am 15. Februar d. J. hatten die beiden Angeklagten, die als ruhige und nützliche Menschen gelten, an einer kleinen Feier teilgenommen und dabei stark über den Durst getrunken. Der Alkohol erzeugte bei ihnen Nabaufstimmung und als sie gegen 12 Uhr nachts das Lokal des Schandwirts Parusel betreten, dauerte es nicht lange, bis der Schönste Nabaun im Gange war. Sie fielen über den Birt her und als sich dieser mit einem Gummischlauch zur Wehre setzen wollte, wurde ihm dieser entzissen. Der Angegriffene wurde zu Boden geworfen und roh mißhandelt. Die kleine Tochter des B., die durch den Lärm aufgewacht war, lief im Hemd hilflos zu der nächsten Polizeiwache, wo sie weinend bat, doch schnell einen Schutzmänn zu schicken, da ihr Papa sonst totgeschlagen werde. Dem Kinde wurde gesagt, daß kein Schutzmänn da sei, der mitkommen könne. Die sich später ergab, war auch tatsächlich nur der Telegraphist auf der Wache. Erst nach einer halben Stunde, während der die beiden betrunkenen Leute in dem Lokal weiter skandalisierten, war es möglich, einen Schutzmänn ausfindig zu machen, der dann die beiden Nabaubröder festnahm.

Das Gericht machte der Verteidiger geltend, daß weit schlimmere Erfolge betrunkenen Studenten nur mit einer Geldstrafe geahndet worden seien und deshalb kein Grund vorliege, den bisher unbescholtenen Angeklagten, der seine Tat tief bedaure, ins Gefängnis zu schicken. Das Gericht kam zu einer Abänderung des Urteils und verurteilte den Angeklagten nur zu 30 Mark Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Reichs-Telefunkenstation Rauen.

Die Telefunkenstation Rauen bei Berlin wird in den nächsten Monaten von der Reichspost übernommen und dann auch dem öffentlichen Verkehr nutzbar gemacht werden. In der bisherigen Versuchsstation Rauen wurden sämtliche Fortschritte und Neuerungen der Funkentelegraphie ausprobiert. Die Station hat in den letzten Monaten bereits einen ziemlich regelmäßigen internen Dienst mit der deutschen Kolonie Logo in Westafrika und Saville bei New York unterhalten. Auf der Station befindet sich ein Turm von 250 Meter Höhe sowie fünf Türme von je 120 Meter Höhe; ferner sind vorhanden zwei Sender von je 250 Kilowatt Primärenergie und ein Telephonierender für Reichweiten von mehr als 500 Kilometer. Der Aktionsradius der Rauen Station erstreckt sich über mehrere tausend Kilometer.

Denkmalschändung in Stuttgart.

In der Nacht zum Mittwoch wurde das von Prof. Dondorf geschaffene Schillerdenkmal vor dem Neuen Hoftheater in Stuttgart mit einer abendigen farbigen Flüssigkeit übergossen. Der Täter ist angeblich noch nicht bekannt.

Eine in die Luft gesprengte Fabrik.

Das rauchende Trümmersfeld einer solchen kann man jetzt in Dittingen im schweizerischen Kanton Bern erblicken. Es sind dies nicht etwa böse Anarchisten oder Syndikalisten, die diesen vollauf-leistungsfähigen Betrieb in die Luft gesprengt haben, sondern waschechte Kapitalisten. Es handelt sich um eine Portlandzementfabrik, die auf Beschluß des Zement Syndikats der Schweiz stillgelegt wurde, um die Preise zu erhöhen. Da nun die bernische Steuerbehörde die relativ neue Fabrik mit ihrem Erstellungswert zur Kapitalsteuer heranzog, wurde diese Stilllegung dem Zement Syndikat auf die Dauer zu teuer. Nach einem verlorenen Steuerrekurs wurde die Fabrik einfach in die Luft gesprengt — der kapitalistische Wert des Trümmerschaufens rechtfertigt keine Steuer mehr. — Hoffentlich bleibt der Trümmerschaufens lange genug liegen, um Enten einer besseren Zukunft ein Bild der Sinnwidrigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu zeigen. — Die bürgerliche Presse der Schweiz ist angefüllt von den technischen Einzelheiten der so „interessanten“ Sprengung, das Motiv der Tat kann man freilich nur in der sozialistischen Presse nachlesen. Für das Bürgertum ist diese Zerstörung menschlicher Arbeit nur ein sensationelles Schaustück, nichts mehr.

Kleine Notizen.

Unwetter. Seit Sonntag gehen täglich in verschiedenen Teilen Bayerns schwere Gewitter nieder, die durch Blitzschläge und Ueber-schwemmungen großen Schaden anrichten. Eine ganze Anzahl von Personen wurden vom Blitz erschlagen. — Auch beim Baden ereigneten sich zahlreiche tödliche Unglücksfälle. — In G m e n ging gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr ein äußerst heftiges Gewitter nieder. Die tiefer gelegenen Stadtteile waren überschwemmt, die überfließenden Bäche waren fast eine Stunde lang außer Betrieb.

Schiffuntergang. Im Tanafjord, an der Westküste Norwegens ist das Petersburger Handelschiff „Joann Bogoslow“ mit dem Besizer des Schiffes, seiner Frau und der ganzen Mannschaft untergegangen.

Neue Erbsendung in Paris. Gestern früh entstand auf dem Damms des Boulevard Ney eine neue Erbsendung von einem Meter Länge und einem Meter Tiefe. Ein Vorübergehender stürzte in die Erbsendung und verlor sich leicht am Bein.

Verhängnisvolle Ballonlandung. Bei einer Ballonlandung in Arcu verlor der junge russische Maurice Ducret sein Leben. Ducret, der gestern seinen ersten selbständigen Ballonaufstieg unternahm, wollte eben landen, als sein Ballon sich in einem Gewölz verwickelte. Der Luftschiffer stürzte kopfüber aus dem Ballon und war sofort tot.

Eine Wölfe von Corsica ist über Corsica in der Gegend von Balagna niedergegangen. Das Institut von Paris hat sofort Vertreter nach Corsica entsandt, um Mittel zur Vernichtung der Insekten auszuprobieren.

Eingegangene Druckschriften.

Sarah von Lindholm. Roman von Wagnere Böhme. 300 M., gebunden 4,00 M. — Blut. Roman von W. Borsels. 300 M., gebunden 4,00 M. Dese u. Becker, Leipzig.

Parteiangelegenheiten.

Jugendsektion des 1. und 5. Kreises. Der anhaltenden Hitze wegen fällt die zum Sonntag, den 19. er., angelegte Wandertour aus. Dafür findet eine Badepartie nach dem Sakrowsee statt.

Bierter Wahlkreis. Heute Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Versammlungen der jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18-21 Jahren statt.

Für den Stadtteil Süd-Ost im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147. Vortrag des Genossen A. Lieske über „Die Erziehung zur Wehrlosigkeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für den Stadtteil Ost im Lokal von Sigel, Gr. Frankfurter Straße 90. Diskussion über die beiden Vorträge: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Achtung! Westliche Vororte!

Am Freitag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Virtenwäldchen“ in Steglitz-Bichterfeld, Schützenstraße, eine öffentliche Versammlung

statt, in der die Genossen Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Benisch und der Verteidiger im Luxemburg-Prozess Dr. Paul Levi aus Frankfurt a. M. über

Militarismus und Soldatenmishandlungen

sprechen werden. Die Wichtigkeit des Themas verlangt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen der umliegenden Orte sich an dieser Versammlung beteiligen. Es gilt zu protestieren gegen die Absicht des Kriegsministers, die im Soldatenmishandlungsprozess genannten Zeugen vor die Kriegsgerichte zu stellen und durch die Kriegsgerichtsurteile dem Zivilgerichtsprozess vorzugreifen.

Die Jugendsektion hält heute im Volkshaus, Rosinenstr. 3, einen Diskussionsabend ab. Thema: Waffensirei. Alle jungen über 18 Jahre alten Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind willkommen. — Am Sonntag, den 19. Juli: Ausflug nach Baumwerder. Treffpunkt 6 Uhr morgens: Wilhelmplatz.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Victoria-Garten, Wilhelmstraße 114/115: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Der Parteitag in Würzburg und die jüngsten politischen Ereignisse. Referent: Reichstagsabg. Genosse D. Stücken. 2. Anträge zum Parteitag. 3. Ertragwahlen (2. Vorsitzender und 1. Schriftführer). 4. Parteiangelegenheiten (Wahl der Delegierten, Resultat der Urabstimmung ufm.).

Schönendorf bei Königswinterhausen. Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von D. Pätz. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Genossen zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Die Hitze.

Von Tag zu Tag machen sich die Einwirkungen der anhaltenden Hitzeperiode immer drückender fühlbar. Alles stöhnt unter der ungemessen hohen Temperatur, und der allgemeine Wunsch auf eine endliche durchgreifende Abkühlung dürfte, wenn man die Voraussagen der Wetterkundigen heranzieht, vorläufig keine Erfüllung finden. Wenn der Montag mit seinen 33 Grad im Schatten als der heißeste in diesem Jahre bezeichnet wurde, so darf man sagen, daß der gestrige Tag den „Rekord“ noch gebrochen hat. Schon in der zwölften Stunde registrierte die Quecksilbersäule fast 32 Grad, und bis zum Nachmittag stieg sie sogar bis auf 34,5. Das ist die höchste Temperatur, die wir seit vielen Jahren zu verzeichnen hatten.

Die nachteiligen Folgen der enormen Wärme machen sich auf den verschiedensten Gebieten in der fühlbarsten Weise bemerkbar. Auf den heißen Hülswachen und auch in den Krankenhäusern sind in den letzten acht Tagen eine ungewöhnlich große Anzahl von an Sonnenstich und Hitzschlag erkrankten Personen behandelt worden. Teilweise waren die Fälle recht schwerer Natur. Auch die Zugtiere haben unter der Einwirkung der glühenden Sonnenstrahlen ungemessen zu leiden. Groß ist die Zahl der Pferde, die auf der Straße vom Sonnenstich befallen wurden und die der Abdecker überwiegen werden mußten. Von den Fuhrwerksbesitzern und den Omnibusgesellschaften sind besondere Vorkehrungen getroffen worden, um weiteren Erkrankungen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Wohl in vorzubeugen. Wohl in vorzubeugen hat das Baden so viel Opfer an Menschenleben gefordert wie gerade im jetzigen. Infolge der hohen Temperatur ist der Drang und der Wunsch des Menschen, kühleren Bäder zu nehmen, weit stärker als sonst, und die Unvorsichtigkeit so vieler Nichtschwimmer, an verbotener Stelle ins Wasser zu gehen, hat schon viele Opfer gefordert. Seit vergangenen Sonntag sind nicht weniger als siebzehn Personen in den Gewässern der Umgebung Berlins ertrunken. Und wenn man annimmt, daß in diesem Sommer annähernd hundert Personen beim Baden in den Gewässern der Nachbarschaft Berlins den Tod in den Fluten gefunden haben, so dürfte man die richtige Zahl getroffen haben. Der Andrang zu den Familien- und Freibädern ist noch niemals ein so enormer gewesen wie in diesem Sommer. Wenn auch infolge der Schulfreien Tausende und Abertausende von Berlin fortgerückt sind, so herrscht in den Bädern am Wannsee, Grönu und am Müggelsee doch ein so ungeheurer Andrang, wie dies seit Verfall der Einrichtung bisher nicht der Fall war. Ebenso stark ist der Andrang zu den Sonnen- und Luftbädern. Als eine unangenehme Begleiterscheinung macht sich die Hitzeperiode in den Wäldern bemerkbar. Die Bäume sind bis auf äußerste ausgetrocknet und reagieren in gefährlicher Weise auf die Einwirkung der Sonnenstrahlen.

Es entstehen Selbstentzündungen, und so kommen auf diese Weise vielfach Waldbrände zum Entfachen. Auch durch Funkenauswurf aus den Lokomotiven werden in den letzten Tagen sogen. „Präriebrände“ hervorgerufen. Man kann jetzt vielfach ausgedehnte schwarze Wiesenflächen, auf denen Feuer wütete, beobachten.

Auf den Asphalt in den Straßen hat die Hitze bereits derart nachteilig eingewirkt, daß ganze Stellen weichen und einfließen. Der Eisverbruch ist in den Markthallen, in

den Geschäften und im Haushalt jetzt ein so enormer, daß die Eisfabriken nur schwer imstande sind, alle Nachfragen zu erfüllen. Ein anderer Umstand ist ebenfalls teilweise auf die Einwirkung der hohen Temperatur zurückzuführen, es ist dies das große Fischsterben in der Spree und Havel, sowie in den Seen. An den Ufern sind die Gewässer förmlich lauwarm, und dies ist ein ungemessen nachteiliger Zustand für die Bewohner des Wassers.

Mit dem Sprengen der Straßen scheint die Stadt Berlin etwas zu kargen. Man sieht nicht allzu viel Sprengwagen in Tätigkeit. Vielleicht ist dies auf den bereits eingetretenen Wassermangel zurückzuführen. Von vielen Hausbesitzern werden schon jetzt Vorbeugungsmaßnahmen in der Weise getroffen, indem die Wasserleitungen zeitweise, besonders des Nachts, gänzlich gesperrt werden. Die neuesten Befehle in den Straßen Berlins sind seit kurzem Passanten, die alles „konventionelle“ über Bord werfen und in Hemdsärmeln gehen; daneben wandern einträchtiglich hutfreie Damen. Aber alles feuert: Ist das heiß!

Ein Polizist als Hausverwalter.

Mancher Hausbesitzer überträgt auf seinem Grundstück den Verwalterposten gern einem Polizeibeamten. Aus dem Wirken solcher Hausverwalter ist im „Vorwärts“ schon allerlei Sonderbares mitgeteilt worden. Auch das folgende Vorkommnis gehört in dieses Kapitel.

In dem Doppelhaus Palladenstr. 59 und Friedensstraße 61 regiert als Verwalter ein Kriminalpolizist Paul Ludwig. Die Besorgung der Hauswartgeschäfte hatte er vom 1. Mai ab einer Frau übertragen, die für regelmäßige Reinigung von vier Treppenaufgängen samt den übrigen zu ihrem Amt gehörenden Obliegenheiten monatlich 40 M. erhalten sollte. 25 M. sollten auf die Wohnung angesetzt werden, 15 M. hatte die Hausbesitzerin demnach in bar zu fordern. Außerdem wurde ihr für Vereinfachung des vielen Schmutzes, den sie im Hause vorand, eine besondere Vergütung zugesagt. Diese Extrararbeit, die Beschaffung von Malerschmutz, auch von Hausen Stroh, die auf dem Boden lagerten, machte ihr gerade im Anfang viele Mühe. Da auch die ihr überwiesene Wohnung ihr nicht behagte, so erklärte sie schon im ersten Monat, sie wünsche eine andere Wohnung. Sie wollte sonst, sagte sie, hinzu, nur bis 1. Oktober bleiben und sich nach einer anderen Stellung umtun. Wenn es, antwortete der Verwalter Ludwig, ihr hier nicht passe, so könne sie machen, daß sie gleich rauskomme. Das wollte sie nicht, und sie versetzte sich darauf, daß ihr zeitigstens zum 1. Juli gekündigt werden könnte. Der Wirt sah dieses als aber die Frau am 1. Juni das ihr zukommende Geld forderte, entstanden Meinungsverschiedenheiten über die Bezahlung der von ihr geleisteten Extrararbeit. In der Mittagsstunde erschien dann plötzlich der Verwalter vor ihrer Wohnung und forderte ihr die Schlüssel und Geräte ab. Sie bestritt ihm das Recht hierzu, verweigerte die Übergabe und ließ ihn auch nicht in ihre Wohnung ein, trotz seinem stürmisch gedauerten Verlangen. Ein Klempner, den er herbeiholen ließ, öffnete ihm das Schloß der äußeren Tür. Die innere Tür, die durch einen Riegel verwahrt war, gab dem Ansturm des Verwalters nach, wobei eine Fällung in Trümmer ging. Der Verwalter gelangte so in die Wohnung hinein, machte der Frau einen heftigen Auftritt und bemächtigte sich der Schlüssel. Hiernach durfte die Frau ihre Tätigkeit in diesem Hause als beendet ansehen und sie ging sofort, eine andere Wohnung zu suchen. Noch einmal forderte sie, ehe sie das Haus verließ, von dem Verwalter ihr Geld. Er kündigte an, daß er ihr allerlei Abzüge machen werde.

Als sie in einem Briefe an die Besitzer des Hauses, die Holzhandlungsfirma David Franke Söhne, ihre Forderung wiederholte, kam als Antwort ein Schreiben des Verwalters Paul Ludwig. Er berechnete für Hausreinigung ufm. 40 M., außerdem als Extravergeltung 8 M., zusammen 48 M. Gleichzeitig überreichte er aber eine Gegenrechnung der Firma Franke Söhne, wie er sich in seinem Briefe ausdrückte. Abziehen wollte er: 25 M. für die Wohnung, 5 M. für erhaltenen Vorschuß, 80 Pf. für Krankenversicherung, 82 Pf. für Invalidenversicherung, 65 Pf. für zwei Lappen (die Treppe zu den), ferner Entschädigung für Gegenstände, die verloren gegangen sein sollten, nämlich 60 Pf. für drei Schlüssel, 50 Pf. für einen Klotzschlüssel, 75 Pf. für einen Haus Schlüssel, 2 M. für einen großen Scherenschenkel, 4,20 M. für Lüren der Kochmaschine, ferner 1,50 M. für Fortschaffung von zwei durch die Frau zurückgelassenen Strohsäcken, wofür 1 M. für den Klempner, durch den der Verwalter das Schloß hatte öffnen lassen, 8 M. für Erneuerung der unter seinem Ansturm in Trümmer gegangenen Türöffnung (wie möchten diese Forderung für unzulässig halten, aber auch sie steht in der uns vorgelegten Aufstellung) und schließlich 25 Pf. für die durch Rohrpostbrief erfolgte Aufforderung zum Abschluß des Geldes und zum Wiederbringen der Kochmaschinenlüren und des Schneeselens. Im ganzen sollten abgezogen werden 45,87 Pf., so daß von 48 M. noch 2,13 M. geblieben wären. Ein starkes Stück, nicht wahr? Selbstverständlich ließ die Frau sich das nicht gefallen und sie klagte gegen David Franke Söhne, indem sie jetzt eine Forderung von 73,28 M. aufstellte. Vor Gericht war ihr Gegner der Verwalter Ludwig, der die Firma in dieser Sache vertrat. Der Richter riet zu einem Vergleich, und die Frau ging darauf ein, sich mit 16,89 M. zu begnügen.

Wissen möchten wir, welche Rolle in dem Streit die Firma David Franke Söhne gespielt hat. Weiß sie, wie ihr Verwalter mit der Frau verfahren ist? Wie denkt sie darüber, daß sogar die Bezahlung des Klempners und die Kosten der Türfüllung auf das Portemonnaie der armen Frau gewälzt werden sollten? Auch die Forderung für die Beschaffung von zwei Strohsäcken nimmt sich wunderbar aus. Billiger als für 1,50 M. war das nicht zu machen?

Zum Zeltverbot in Wannsee

erhalten wir folgende Zuschrift:

„Am vorletzten Sonntag schon prangte am Eingange zum Freibad Wannsee ein Schild ungefahr folgenden Inhalts: „Das Aufstellen von Privatzelten jeglicher Art im Freibad ist verboten. Zuwiderhandlungen ufm. Der Amtsvorsteher.“ Durch dieses Verbot ist vielen Leuten, in der überwiegenden Mehrzahl Familien, die sich mit vieler Mühe und teils größeren Geldlofen ein Zelt zusammengebaut haben, um sich den Aufenthalt im Freibad etwas angenehmer zu gestalten, die Gelegenheit genommen, dort ihre Erholung zu suchen. Die zurzeit bestehenden Garderobenzelte reichen nicht aus, und auch nur die Hälfte der Kleider der dort an einem gut besuchten Sonntage sich befindlichen Badegäste unterzubringen. Gerade aus diesem Grunde haben sich viele der sogenannten Stammgäste vorgezogen, sich ein Zelt zu bauen, um dort ihre Garderobe und ihre Ritzualien unterzubringen zu können.

Womit will der Amtsvorstand dieses Verbot begründen? Ein Bericht besagt, daß die dort ständig postierten Warden (meistens sind es 3) sich beschwert hätten, sie könnten von ihrer fogenannten Wachstube aus, welche sich am Eingang zum Freibad befindet, die Zelte nicht übersehen. Das glauben wir schon, denn trotzdem die Herren mit Krimschekern bewaffnet sind, sollte es ihnen wohl Schwierigkeiten bereiten, das ganze Freibad zu übersehen. Aber könnte da nicht einer von den Beamten seinen Wachposten nach unten verlegen? Und Zeltbesitzern, wenn ich mich so ausdrücken darf, wäre es nur angenehm; schon dem Bewegen, damit die Herren mal Gelegenheit haben, sich von dem Leben und Treiben in der kleinen Zeltstadt, die sich in den letzten Sonntagen dort gebildet hat, zu überzeugen. Sie müssen dann bei objektiver Beobachtung jedenfalls zu der Ansicht gelangen, daß eine polizeiliche Überwachung höchst überflüssig ist. Denn das Publikum läßt dort gewöhnlich selbst Polizei, indem es etwaige Kupferseiler, die vergeblich sollten, daß sie sich in einem Familienbade befinden, schon auf den richtigen Weg weisen würde. Erfreulicherweise ist dieser Fall noch nicht eingetreten.

Sollte etwa als zweiter Grund angeführt werden, daß die Zelte zuviel Platz wegnehmen, so möchte ich das Gegenteil behaupten, denn dadurch, daß die Garderobe in den Zelten geordnet an Haken hängt und der Probiant in denselben verkauft wird, wird jedenfalls weniger Platz gebraucht, als wenn die Sachen in den Sand gelegt werden und die Badegäste sich um dieselben herumgruppieren.

Bedenklicherweise kommt dieses Verbot gerade jetzt zu Anfang der Schulfreien, in denen wohl manche Familie, die nicht das Geld zum Feiern hat, gehofft hat, dort Erholung zu finden. Jedenfalls sollte der Herr Amtsvorsteher sich doch einmal selbst von dem Leben in und um den Zelten überzeugen, ehe er ein solches Verbot erläßt, durch welches viele Hunderte in ihrer im heutigen Erwerbleben gewiß sehr notwendigen Erholung geschmälert werden.“

Die Folge dieses Verbotes dürfte sein, daß sich das Publikum andere Stellen aussuchen muß, wo es sich freier bewegen kann. Notwendig ist aber eine allgemeine Erweiterung der Zahl der Freibäder.

Aus Liebe zum Pflegekind in den Tod.

Die Liebe zu einem Pflegekind hat die 44 Jahre alte Ehefrau Olga des Chauffeurs Grieg aus der Mülserstraße in den Tod getrieben. Frau Grieg, deren Ehe sehr kinderlos geblieben war, hatte vor 13 Jahren das Töchterchen einer früheren Nachbarin gleich nach der Geburt in Pflege genommen und jetzt bis zu seinem 14. Lebensjahr wie eine Mutter gehütet und gepflegt. Die wirkliche Mutter des Kindes, die sich inzwischen nach Siegnitz verheiratet hat, hat jetzt Frau Grieg, daß sie ihr ihre Tochter während der großen Ferien überlassen möge. Die Pflegemutter erklärte sich hiermit auch schließlich einverstanden. Vor acht Tagen erhielt sie nun von der Mutter den Bescheid, daß sie das Kind für immer behalten werde. Der Schmerz hierüber schlug die Frau ganz nieder. Bestern, als sie zur gewohnten Zeit dem Manne das Mittagessen brachte, fiel diesem wieder ihr gedrücktes Wesen auf. Als dann die Frau aus einem kleinen Gläschen trank, glaubte er zuerst, daß es Tropfen seien, die sie schon länger eines Augenleidens wegen zu sich nahm. Wenige Sekunden darauf aber brach die Frau besinnungslos zusammen. Es ergab sich, daß sie Salzsäure getrunken hatte. In dem Augusta-Hospital, wohin sie gebracht wurde, starb sie in der vergangenen Nacht.

Ein Notschrei

geht uns von Insofern der Geschlechtskrankheit des städtischen Obdachs zu. Unklar wird zunächst schlechtes Essen, aber auch über ungenügende Lüftung der Räume. Fenster sollen überhaupt nicht geöffnet werden. Die Kranken kommen nur an einem Tage eine Stunde ins Freie. Wir halten es kaum für möglich, daß bei der jetzt herrschenden drückenden Hitze, den Kranken so die frische Luft entzogen wird. Es wäre wünschenswert, wenn der Magistrat diesen Klagen nachgeht und für Abhilfe sorgt.

Ein schreckliches Brandunglück

hat sich in der Ewinemünder Straße zugegetragen. Die Ewinemünder Straße 41 wohnhafte 33 jährige Ehefrau Elise Meier hatte auf einem Spirituslocher etwas Abendessen zubereiten wollen. Sie kam dabei mit der Spiritusflasche zu nahe an den brennenden Kocher heran. Im nächsten Augenblicke gab es eine Explosion. Die Stichtagelassen brannte die Bedauerwerte Lichterloh. Auf die Schmerzensschreie der Betunglückten eilten Nachbarnleute herbei und erlöschten die Flammen durch Überwerfen von Decken. Inzwischen hatte Frau M. aber bereits am ganzen Körper sowie im Gesicht, am Kopf und an Armen und Händen so fürchterliche Brandwunden erlitten, daß sie sterbend nach dem Krankenhaus Am Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Drei mutmaßliche Rindesworte und eine Rindesausführung beschlagnahmte Kriminalpolizei. In der Bedürfnisanstalt auf dem Bahnhof Jannowbrücke fand man ein verpacktes Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. — In Schönberger Garten, an der Köthener Brücke, landete man einen verpackten Zigarrenkasten, der die Leiche eines neugeborenen Mädchens barg. — Im Keller des Hauses Köstr. 14 fand der Inhaber eines Papiergeschäfts in einer dunklen Ecke die Leiche eines neugeborenen Mädchens, das in eine blaue Küchenschürze eingewickelt war. — Lebend aufgefunden wurde in dem Fluß des Hauses Neue Köstr. 18 von einer Aufwarterin, die vom Eingehen zurückkehrte, nachmittags um 4 Uhr ein etwa acht Tage altes Mädchen. Es war in ein Stedlissen und einem kumfarierten Unterrod eingewickelt. Die Kleine wurde nach dem Waisenhaus gebracht. Als Mutter kommt hier wahrscheinlich ein junges Mädchen in Frage, das kurz vorher mit dem Kinde auf dem Polizeirevier in der Nähe des Fundortes war, von dort aber mit der Kleinen nach dem Waisenhaus geschickt wurde.

Durch lodenden Kaffee tödlich verbräht.

Einen qualvollen Tod fand das einjährige Töchterchen Renata des Straßenbahnschaffners Kuntze, Hohreichte, 15, zu Groß-Lichterfelde. Während die Eltern mit der Kleinen am Kaffee sitzen und sich unterhielten, griff das Mädchen unbenutzt nach der Kaffeekanne, die mit lodendem Kaffee bis oben gefüllt war. Die Kleine geriet so lange an der Kanne herum, bis sie schließlich umfiel. Die stehende Flüssigkeit ergoß sich über den ganzen Körper des unglücklichen Kindes. Im Stubenrauchkaminhaus, wo man das Kind hinbrachte, erlag es bald nach der Einlieferung den schweren Brandwunden.

Der ungeraute Schmutzfaden der Pfandleihe. Reiche Deutsche an goldenen Uhren und Schmuckstücken machten Schausteller in der Großen Frankfurter Str. 9, wo der Schausteller der Pfand-

Leibe von Ehrenmann gewaltsam erbrochen und ausgeplündert wurde. Den Tätern fielen eine große Anzahl goldene Herren- und Damen-uhren, darunter eine Reihe von Anfernhren, ferner goldene Broschen und andere Schmuckgegenstände zur Beute. Obwohl in der fraglichen Gegend auch nachts ein ziemlich starker Verkehr herrscht, konnten die Einbrecher unbehindert mit ihrer Beute von dannen gehen.

Beim Baden ertrunken. Wie uns noch gemeldet wird, erkrankt ebenfalls am Sonntag im Tegeler See beim Baden der 34jährige Schlosser Gustav Nische aus der Plantagenstraße 13 zu Berlin. Das Unglück wurde erst spät abends bemerkt, als niemand mehr im Wasser war und die am Ufer liegenden Kleider des Ertrunkenen gefunden wurden. Nische hinterläßt außer seiner Witwe vier Kinder. Das Unglück ist um so bedauerlicher, als sich seine Familie außerhalb der Sommerzeit befand und erst telegraphisch von dem Geschehen in Kenntnis gesetzt wurde. — Western erkrankt im Heiligensee bei Tegeler See infolge Herzschlages der 32jährige Kellner Heinrich Bort. Er war unversehrt. Gleich darauf wurde bei der Insel Scharfenberg im Tegeler See eine nur mit einer Badehose besetzte männliche Leiche angeschwemmt. Der Tote war von gedrungener Gestalt und hat kurz geschorene rote Haare. — Ebenfalls beim Baden ertrunken ist gestern abend im Nordhafen der 60 Jahre alte Arbeiter August Wienand. W. kam auf den Gedanken, sich durch ein Bad im Nordhafen zu erfrischen. Er entschiede sich, gegenüber dem Grundstück Nr. 7/8 und ging hier ins Wasser. Schiffer, die sein Vergehen sahen, merkten gleich, daß er unterging und nicht wieder zum Vorschein kam. Sie machten ihre Boote los und suchten das Wasser nach dem Verschwundenen ab. Es gelang ihnen aber erst nach einer halben Stunde, kurz vor 10 Uhr, die Leiche des Ertrunkenen zu landen. Sie wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Dishölge. Auf dem Neubau des Maurermeisters Stein in Neu-Tempelhof erlitt gestern mittag der bei der Firma Kraut u. Co. beschäftigte Fahrstuhlbedienter Karl Pudde aus Wilmersdorf, Sigmaringenstraße 33, einen Dishölge, dem er bald darauf erlag. Seine Leiche wurde nach dem Briker Krankenhaus gebracht. W. hinterläßt eine lungenkranke Witwe und vier Kinder.

Zwei schwere Baunfälle. bei der zwei Personen den Tod fanden, ereigneten sich gestern im Laufe des Nachmittags am Bahnhofs Friedrichstraße und in der Oberwasserstraße. Hier wird zurzeit auf dem Grundstück Nr. 11, gegenüber der Jungfernbrücke, ein größeres Geschäftshaus errichtet. Wie bei anderen Neubauten, so werden auch hier die schweren Steine und Balken mit einem Kran hochgezogen. Als nun der 31 Jahre alte Arbeiter Karl Jaensch vom Neubau auf die Straße gehen wollte, löste sich eine Klammer des Krans, mit dem gerade mehrere, zusammen drei Zentner schwere Steine hochgezogen wurden, ein Stein löste sich und fiel dem Mann auf den Kopf. Er brach betäubungslos zusammen und verfiel schon auf dem Wege nach der Charité. Jaensch war verheiratet und wohnte in der Wanglitzstraße 34 zu Neukölln. — Der zweite tödlich Verunglückte ist der 45 Jahre alte Bauarbeiter August Kaminick, der mit Frau und Tochter in der Ritterstraße 38 wohnte. Kaminick war bei den Abrissarbeiten am Bahnhof Friedrichstraße beschäftigt. Als er ein ungefähr acht Meter hohes Gerüst an der nördlichen Seite des Bahnhofs bestiegen hatte, brach er plötzlich, ob infolge eines Schwindelanfalls oder eines Dishölges, sich noch nicht festgestellt, zusammen und stürzte in die Tiefe. Hier blieb er mit geschmetterten Gliedern tot liegen. Beide Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 19. Juli. Familienausflug nach Hirschgarten-Rahnsdorfer Mühle. Abfahrt des Zuges Alexanderplatz 8.28, Jannowibridge 8.28, Schles. Bahnhof 8.33. Treffpunkt für Rückzügler bis 10 Uhr im Restaurant „Waldburg“ am Bahnhof Hirschgarten. Von 12 Uhr mittags ab „Gasthaus zur Rahnsdorfer Mühle“ (Jah. Schumann), vom Bahnhof Rahnsdorf in 15 Minuten zu erreichen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Fürsorge für die Kleinkinder, d. h. für die Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt schon längere Zeit eingerichtet. Gerade für diese Altersstufe ist eine sorgfältige ärztliche Überwachung dringend geboten. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen werden besondere Wochenprechstunden für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgehalten. In regelmäßigen Zwischenräumen werden zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten 1. Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgestellt. Zugelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestellen vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflege-mütter erhalten dabei unentgeltlichen spezial-ärztlichen Rat. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkinder-Sprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglings-Fürsorgestelle I, Berliner Straße 137: Mittwoch 2-3 Uhr; II, Wilmersdorfer Straße 111: Dienstag, 2-3 Uhr; III, Kirchplatz 5a: Freitag, 1-2 Uhr; IV, Rehringstraße 11: Dienstag, 2 1/2-3 1/2 Uhr; V, Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag, 2-3 Uhr; VI, Kaiserin-Augusta-Victoriahaus, Kollwitzstraße: Mittwoch, 2-3 Uhr; VII, Hortweg 28: Donnerstag, 2-3 Uhr. Die Mütter und Pflege-mütter, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglings-Sprechstunde mitbringen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kleinkinder hat sich bisher sehr gut bewährt und kann den Müttern nur empfohlen werden.

Ferienausflug. Im Anschluß an die Ferienpiele findet am Sonntag, den 19. Juli, ein Ausflug für größere Kinder (11 bis 14 Jahre alte Knaben und Mädchen) nach Saanowinkel statt. Ab-march früh 8 Uhr vom Bahnhof Jungfernheide. Kein Fahrge-d. Die Arbeiterschaft wird erlucht, für eine gute Beteiligung an diesen Ferienpielen Sorge zu tragen.

Steglitz.

Kurze Freude. Dem einmütigen Verlangen der Gemeindevertretung nachkommend, hatte die Schuldeputation angeordnet, daß während der Sommerferien die Höfe der Volksschulen den Schulkindern zum Spielen freigegeben werden sollten. Die Lokalpresse preisob dieser sozialen Großtat sowohl den Antragsteller wie die Schuldeputation in den höchsten Löhnen. Daß dieses Lob etwas vorzeitig war, lehrt jetzt folgende Bekanntmachung, die das kaum begonnene „soziale Werk“ teilweise wieder zerstört:

„Das durch unsere Bekanntmachung vom 4. d. Mts. angeordnete Öffnenhalten des Schulhofes der Gemeindeschule III/IV (Jahnstraße) wird hierdurch wieder zurückgezogen, da sich An-zug-träglichkeiten ergeben haben, welche die weitere Freigabe unzulässig erscheinen lassen.“

Berlin-Steglitz, 11. Juli 1914.

Die Schuldeputation.

Borin die „Anzug-träglichkeiten“ bestanden, erfährt die Deffent-lichkeit nicht; es läßt sich deshalb auch vorläufig nicht beurteilen, ob diese Anzug-träglichkeiten bei einigem guten Willen nicht zu beseitigen gewesen wären. Die Sperrung gerade dieses Schulhofes ist um so bestrebender, als der weit-liche Ortsteil keinen einzigen öffentlichen Platz, also auch keine Spielgelegenheit besitzt. Auch im Vor-jahre bot sich den Kindern wenigstens Gelegenheit, auf Bau-plätzen zu spielen; auch das ist jetzt vorbei, da fast sämtliches Bau-land zu Laubengärten umgewandelt wurde. Hat die Schul-deputation nicht jebol Ortsteilkenntnis, um das zu wissen? Wenn ja, dann hat die Deffentlichkeit und vor allem die Arbeitereltern, deren Kinder wohl ausschließlich die Spielplätze in Anspruch nehmen,

verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

ein Recht, zu erfahren, ob die behaupteten Anzug-träglichkeiten es wirklich rechtfertigen, daß die Kinder einfach auf die Straßen verwiesen und dadurch dem Gefahren des Verkehrs ausgesetzt werden. U. A. v. g.

Neukölln.

Ein falsches Gerücht ist in Neukölln in Umlauf und beunruhigt die Gemüter. Danach soll bei dem Dampferausflug nach der Krampenburg, der von der Leitung der Ferienpiele am letzten Dienstag veranstaltet worden war, ein Kind ertrunken sein. Wie wir erfahren, ist dies glücklicherweise nicht der Fall. Den Kindern ist, abgesehen von einzelnen Schwächeanfällen infolge der großen Hitze, nichts passiert. Da für ausreichende Aufsichtung Sorge getragen war, sind alle Kinder wohlbehalten wieder nach Hause gekommen. — Bei dem Ausflug sind einige Gegenstände verloren gegangen. Die Kinder werden gebeten, die Gegenstände auf den Spielplätzen oder im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 2, abzugeben.

Ober-Schöne-weide.

Ferienausflug. Sonntag, den 19. Juli, unternimmt der Turnverein Obersee eine Ferienwanderung für Schüler und Schülerinnen von 12 bis 14 Jahren, von Hirschgarten über Ravenssteinmühle-Mönchsheim-Vogelsdorf-Tabdorf-Kallberge-Rahnsdorf-Woltersdorf bis Erlner. Unterwegs wird gespielt. Verstärkung der Kallsteinbrüche. Abmarsch: früh pünktlich 8 Uhr von der Evangelischen Kirche. Teilnehmer müssen 50 Pf. und Trinkvorrat für den ganzen Tag mitbringen sowie 50 Pf. für Fahrge-d und Kaffeelöcher.

Schmargendorf.

„Wie stellen wir uns zu den Maßnahmen unserer Gegner?“ lautete das Thema, über welches Genosse Carl-Neukölln in einer gutbesuchten Mitglieder-versammlung referierte. Neukölln legte dar, wie die Gegner es versuchen, das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, während man den Streikbrechern à la Hingpe den größten Schutz angedeihen lasse. Auch die Politischerklärung unserer Jugend-organisation sowie der Prozeß gegen die Genossen Luxemburg bezeugen, daß man gegen uns etwas im Schilde führe, so daß die Sozialdemokratie alle Veranlassung habe, die Augen offen zu halten. Für die Einrichtung eines Kampffonds hält Neukölln die Zeit der momentanen wirtschaftlichen Krise für nicht sehr günstig, er vertrete vielmehr die Auffassung des Genossen Bebel: Partei und Gemein-schaften müssen noch mehr ausgebaut werden. In der Diskussion erklärte sich die Mehrzahl der Redner gegen einen Kampffonds und erinnerte an die Weisheit, welche heute noch nicht lebensfähig sei. Die darauf folgende geheime Abstimmung ergab die Ablehnung des Extrabudgets. — Unter „Verschiebendes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß der Parteivorstand eine Unfallversicherung für die Teilnehmer an den Ferienpielen abgeschlossen habe. — Als Delegierte für die Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Red und Waselwig gewählt. — Ferner wurde auf den am 26. Juli stattfindenden Familienausflug aufmerksam gemacht. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Café Türle Hubertusbadener Straße 8. — Zum Schluß wurde noch Genosse Deinge als Bezirksführer gewählt.

Bernau.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei der jetzt begonnenen Ernte in dem benachbarten Dorfe Schönau. Zwei Pferde, welche vor eine Nähmaschine gespannt waren, gingen infolge des ungewohnten Geräusches der Maschine mit derselben durch. Der Besitzer, der Bauerngutsbesitzer Albert Ebel, welcher sich auf dem Siege der Maschine befand, verlor vollständig die Gewalt über die Tiere; er wurde durch den Anprall an verschiedene Gasseebäume, bei welcher die Maschine vollständig in Trümmer ging, von seinem Siege geschleudert und erhielt teils durch die Rasenmesser, teils durch den Zusammenstoß schwere innere und äußere Ver-letzungen. Der verunglückte Besitzer wurde sofort nach dem Bernauer Krankenhaus übergeführt.

Rotawes.

Sein erstes Bezirksturnfest feiert am Sonnabend, den 18., und Sonntag, den 19. Juli, der 1. Kreis im 8. Bezirk des Arbeiter-Turnerbundes. Das Programm sieht für beide Tage reiche Ab-wechslung bietende Veranstaltungen vor. Am Sonnabend, 8 Uhr abends, finden in den Lokalen „Singers Volksgarten“, Briesterstr. 31, und „Zur freien Aussicht“, am Dreiwilger Bahnhof, Festmahlere statt unter Mitwirkung des hiesigen freien Männerchors, des Man-dolin- und Klavier- und der zahlreichen auswärtigen Turnvereine. Am Sonntag geht es in aller Frühe auf den Festplatz an der Berliner Straße, wo Wettrennen, vollständige Wettläufe und Fußballwettkämpfe von dem Können der Vereine Zeugnis ablegen sollen. Gegen 1/2 Uhr nachmittags begeben sich die Teilnehmer, zu einem fest-zug vereinigt, durch die Wilhelm-, Ludwig-, Priester- und Linden-strasse wieder nach dem Festplatz, wo zunächst eine Festansprache, sodann allgemeine Freiübungen, Gasettenlaufen, Sonderaufführungen und Kinderpiele vorgegeben sind. Von 4 Uhr nachmittags ab findet in den Lokalen Singers Volksgarten, Deutsche Fest- und „Zur freien Aussicht“ Fußball statt.

Briefkasten der Redaktion.

M. G. 18. Das richtet sich je nach Bauart und Gege-nstände. Reiche Poete sind schon für 500, alte für 300 M. erhältlich. 2. Rein. — G. 2. 10. 1. D. welcher Wandel der Verhältnisse! Auf gut Deutsch: Herr Gott, wie haben die Dinge sich geändert! 2. Praktische und theoretische Arbeiten und Studien. 3. Das ist sehr fraglich. 4. Ja. 5. Sehr unwahrscheinlich. — **G. 2. 15.** Fragen Sie in einer Hochschularbeit an. Adressen im Berliner Adressbuch, Band 2 Teil 2. — **M. 2. 101.** 1. Ja. — 2. Herrn Staatssekretär Krawitz. Sehr geehrter Herr! 3. Ja. 4. Fragen Sie einen beliebigen Volkboten. — **M. 2. 1889.** Ja. — **M. 2. 33.** Frage-stellung unklar. Am besten bringen Sie die Sache in unserer juristischen Sprechstunde vor. Ausgeschlossen ist es nicht, daß Sie militärisch herangezogen werden. Nebenfalls können Sie befragen. — **Charlotten-burg 20.** Beste Auskunft erhalten Sie durch den Rektor der betreffenden Schule oder aber durch den Leiter des Charlottenburger Fortbildungsschul-wesens; Adresse des letzteren durch den Volksaufseher. — **M. 2. 19.** Rein. — **M. 2. 30.** Leider hat Ihr Vater und Ihr Bruder keinen Anspruch auf Erbschaft der Reisetosten. — **B. C. 67.** Von einer Schadenersatz-klage versprechen wir uns keinen Erfolg. Versuchen Sie es mit einem An-trag an die Eisenbahndirektion. — **M. 39.** Die Kassen der reichen zur Vertragslösung nicht aus. — **B. G. 2486.** Hängt von der Auffassung des erkennenden Richters ab. Unreife Erbschaften kann eventuell der Schatz des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrscheinlich berechtigter Interessen) in Anspruch genommen werden. — **M. G. 25.** Der Pastor ist dazu be-rechtigt, aber nicht verpflichtet. — **M. 10.** Die Erklärung reicht nicht aus. — **M. 2. 75.** Die Schwägerin und die Nichten sind nach dem verstorbenen Mann nicht erbberechtigt. — **M. 2. 765.** 1. Rein. 2. und 3. Ja.

Ämtlicher Marktbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Täglich veröffentlicht.) Mittwoch, den 15. Juli. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Markt: Ostfriesisch Ia 73—85, da. IIa 69—72, da. IIIa 60—69; Bullenfleisch Ia 70—80, da. IIa 65—69; Kalbe, fett 45—60, da. mager 36—48, Preiser 60—66, da. dünn 50—60; Bullen, dünn 58—70. Kalbfleisch: Doppelpender 110—135; Mastfäßer Ia 88—100, da. IIa 74—84; Rälber ger. gen. 44—60. Hammel-fleisch: Rastlammern 68—90; Hammel Ia 77—87, da. IIa 69—78, da. austral. —; Schafe 74—80. Schmelzfleisch 53—58. — Eier: Landeier Schod 3.50—3.90; Trineier 4.00—4.20. — Butter: Rostfettebutter per 50 kg 90—105; Landbutter 80—90. — Gemüse, inländisches: Kohlrabar, hiesiger 2.00—2.25; Kartoffeln, neue meiste 4.00—5.00, da. Rolen 4.75—5.25, da. Ragdeburger 5.00—5.50; da. weiße Rastfettebutter 3.50—4.50. — Porree, Schod 0.50—1.00; Spinat 50 kg 8.00—12.00; Schoten 2.00—3.00; Kohlraben, Schodbund 0.90—1.00; Bohnen 50 kg 6.00—13.00; Champignon 50 kg 30.00—35.00; Kohlrabi, Schod 0.60—0.80; Wirsingkohl, hiesiger, Schod 3.00—6.00; Wirsingkohl, Erfurter 100 Stüd 4.00—10.00; Reccretisch, Schod 3.50—12.00; Petersilienwurzel, neue, Schodbund 1.00—3.00; Radieschen, Schodbund 0.70—1.00; Salat, Schod 1.00—1.50; Zwiebeln, Schodbund 0.30—0.60, da. 50 kg 10—10.50; Tomaten 50 kg 20.00; Pfefferlinge 30—45; Ruffbohnen 50 kg 10.00—12.00. Ausländisches: Tomaten spanische, Riste 0.00, da. italienische 50 kg 4.00—10.00, da. französische 8.00—12.00; Blumenkohl, holländischer Ia 100 Stüd 10.00—22.00, Zwiebeln, ägyptische 50 kg 16—18, da. ital.

7.00—8.00, da. ungarische 9.00—10.00; Gurken, holl. 100 Stüd 5.00—12.00, da. ungarische, Ital. Schod 1.50—2.00. — Obst und Süßfrüchte. Äpfel 50 kg Glas 12.00—18.00, saure 15.00—17.00, Thüringer 4.00—10.00, schlesische 5.00—14.00, Werberische 5.00—13.00, da. Rindweid 15.00—25.00, ungarische Ratten 00.00—00.00, Kefel, australische, Riste 0.00—00.00; Ital. 50 kg 20.00—25.00; Birnen, ital. 50 kg 16—20, französl. 10—16; Zivoler Rastfeller 20—23. Erdbeeren, Werberische 10.00—20.00, Hamburger 8.00—20.00, Walderbeeren 0.00—0.00; Stachelbeeren, reife, hiesige 5.00—8.00; Himbeeren, 50 kg 20—28; Johannisbeeren, hiesige 50 kg 7.00—14.00; Blaubeeren 50 kg 22.00—27.00; Aprikosen, Ital. 24.00 bis 28.00, franz. 10.00—28.00; ungarische 16.00—20.00; Pfirsche, Ital. 15.00—55.00, französl. 15.00—58.00; Pfäumen, italienische 20.00—35.00; Weintrauben, italienische Malaga 50 kg 32.00—40.00, Rieger 50 kg 30.00—48.00; Bananen, Jamaika 50 kg 14.00—16.00, spanische 50 kg 14.00—17.00; Erdnüsse 50 kg 25.00—30.00; Ananas 0.00—0.00; Zitronen, Restina 500 Stüd 8.00—12.00, 300 Stüd 8.00—18.00, Restina 350 Stüd 6.00—14.00, Restina 150 Stüd 6.00—10.00.

Witterungsbericht vom 15. Juli 1914.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 G. — 6 H.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 G. — 6 H.
Strombe.	763.5	SW	2	Wolkenl.	24	Haparanda	764.5	S	2	Wolkenl.	20
Hamburg	762.5	SW	2	Wolkenl.	24	Vetersburg	762.5	SW	3	Wolkenl.	19
Berlin	762.5	SW	2	Wolkenl.	24	Stoll	761.5	S	4	StBd	14
Kranf. a. M.	762.5	SW	2	Wolkenl.	24	Hilberden	759.5	S	1	Wolkenl.	17
München	762.5	SW	2	Wolkenl.	21	Paris	761.5	SW	1	Regen	17
Wien	763.5	SW	2	Wolkenl.	21						

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. Juli 1914. Zunächst vorherrschend wolfig bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen, Gewitterneigung und Abkühlung; später langsam wieder aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Zunächst allwärts fortschreitende Erdbung, Gemütter und Abkühlung, nachher wieder etwas heiter, aber veränderlich und besonders östlich der Ober noch an den meisten Orten etwas Regen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau			
Wasserstand	am 14. 7.	am 15. 7.	am 16. 7.
	cm	cm	cm
Remel, Tüft	86	-2	
Bregel, Ankerburg	-49	-1	
Beisel, Thorn	102	0	
Oder, Rastbor	124	-9	
Krosen	56	-1	
Frankfurt	78	+7	
Wartze, Schimm	-28	+2	
Landesberg	-23	+5	
Rege, Vordamm	-23	-2	
Elbe, Leitmeritz	48	+7	
Dresden	-92	-18	
Barba	111	+24	
Magdeburg	85	+6	
Saale, Großhly	124	-6	
Havel, Spandau	35	-1	
Rathenow	3	+2	
Spree, Spremberg	88	-10	
Reesow	80	0	
Röden	195	-5	
Röden	280	-10	
Rhein, Marxmillersau	580	0	
Kaub	367	-1	
Rhein	357	-4	
Redar, Heildorn	283	+177	
Rain, Hunau	161	-4	
Wojel, Trier	44	+3	

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin, Sektion IV.
Gewerkschaftshaus. Engelauer 14/15 II.
Bureau: Zimmer 27, 31—37, 42—44. Tel.: Amt Moritzpl. 2382 u. 4747.
Arbeitsnachweis: Amt Mpl. 3348. Zweigbureau und Arbeitsnachweis für Charlottenburg: Resinenstr. 3. Tel.: Amt Wilhelm 4457.

Kraftdrochkenführer!

Am Freitag, den 17. Juli 1914:
Bezirks-Versammlungen
in allen Bezirken.

Tagesordnung:
„Der uns von seiten der Unternehmer aufgezwungene Kampf und unsere weitere Stellungnahme dazu.“
Es ist Pflicht der Kollegen, die Versammlung in demjenigen Bezirk, in dem sie wohnen oder beschäftigt sind, zu besuchen.
Insbesondere sind die fahrenden Kollegen zu diesen Versammlungen eingeladen.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
Alles Nähere siehe Handzettel.

66/16 Die Branchenleitung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

B. a. G. Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen der Filialen

finden statt:

- Berlin 2: Montag den 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Sischak, Ritterstr. 121.
- Berlin 3: Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Kahser, Reichenberger Str. 154.
- Berlin 5: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Räderstr. 7.
- Berlin 9: Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Bergmann, Berdingenstr. 14.
- Berlin 10: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11. Wahl der Ortsverwaltung und Jahresbericht.
- Charlottenburg: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Lichtenberg 1: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Johann Blum, Franzfurter Chaussee 118.
- Lichtenberg 2: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei C. Blum, Al-Borghagen 56.
- Neukölln: Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Zappert, Steinhilberstr. 114.
- Reinickendorf-Ost: Sonnabend, den 18. Juli, abends 9 Uhr, bei Bräuner, Froosingstr. 74.
- Rosenthal: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Barth, Viktorienstr. 7.
- Tegel: Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Correr, Schleierstr. 68.
- Wildau: Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Kobanec, Bildauerhof.

In allen Versammlungen: Kassenbericht.
Rege Beteiligung der Mitglieder erwünscht.

Die Ortsverwaltungen.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß.
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 9-8 ab. Sonnt. 9-11

Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.